

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
 Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis: Vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
 Eingetragen in die Postzeitungsliste

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Fr. Krieg, Borswagen-Berlin
 Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schilderstraße 6
 Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inserationspreis:
 die sechsgespaltene Kolonelle 40 Pfennig, für Mitglieder 30 Pfennig
 Schluß für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

Der Kampf in Bremen beendet.

Am Donnerstag, den 12. Oktober, nachts 11 Uhr, wurden im Bremer Justizgebäude die Friedensbedingungen unterschrieben. Am 14. Oktober wurde die Arbeit in allen Brauereien geschlossen aufgenommen.

Damit hat ein Kampf sein Ende erreicht, wie er in seiner Art einzig dasteht in der Geschichte unseres Verbandes. So kompliziert auch die Betriebsverhältnisse der Bremer Brauereien sind, wie groß demzufolge auch die Unterschiede in Beschäftigungsart, in Entlohnung, Alter usw. sind, so daß ein Uneingeweihter sich kaum zurecht finden kann, so einmütig und solidarisch haben doch alle zusammen gestanden und gekämpft: der ergaute Arbeiter neben dem kaum der Schule entwachsenen Flaschenkellerarbeiter, der Brauer neben dem Bierfahrer. Das Maschinenpersonal, die Handwerker und nicht zuletzt die Flaschenkellerarbeiterinnen, sie alle waren auf die Schanzen getreten, um für eine Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen. Man hat von gewisser Seite stets unsere Bestrebungen, die Brauereiarbeiter aller Kategorien in einer Organisation zu vereinigen, bekämpft und verschiedentlich sogar verspottet. Wir mußten Motiven Zugeständnisse machen, welche unseren Bestrebungen hindernd im Wege stehen. Und wenn etwas dazu angeht war, die zwingende Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation der Arbeiter der Brauereien aufs eindringlichste darzutun, dann war es der Kampf in Bremen. So, wie er gekämpft worden ist, wie er zum Abschluß kam, konnte er nicht gewagt und nicht durchgekämpft werden, wenn in die Verfügungen der Kampfesleitung die geringste Störung durch Beteiligung verschiedener Organisationen hineingetragen worden wäre. Der mit einer beispiellosen Einmütigkeit und Disziplin geführte Kampf legte ein glänzendes Zeugnis dafür ab, was eine straffe gewerkschaftliche Schulung fertig bringt, wenn keine Leute darunter sind, welche, wenn ihnen etwas nicht paßt, von einem Verband zum anderen pendeln. In den elf Tagen des Kampfes kein einziger der fast 1000 Streikenden abtrünnig, kein einziger Strafmandat! Die letzte Tatsache ist wohl der zwingendste Beweis dafür, daß die bürgerliche Presse in unverantwortlicher Weise über Ausschreitungen der Streikenden gelogen hat. Dabei wurden diese nicht selten von dem Abscham der Menschheit, von den Hingegardisten, aufs gröblichste provoziert.

Nicht kraft trat bei diesem Kampf wieder die Erscheinung zutage, daß jeder in der Brauerei Beschäftigte als Brauereiarbeiter betrachtet wird. Einige Handwerker, welche teils von uns selber im Betrieb gelassen wurden, weil sie uns nicht schaden konnten, wenn sie nur ihre handwerksmäßige Arbeit machten, teils indifferent waren, blieben bei Beginn des Streiks in den Brauereien. Aber die wenigsten länger als ein, zwei Tage. Man verlangte, daß sie Brauereiarbeit verrichteten, aber keineswegs mit der Begründung, daß dies infolge des Streiks verlangt würde, sondern man erklärte ihnen — was uns allerdings nichts Neues ist —, daß jeder Arbeiter, was er im allgemeinen auch verrichte, sich mit dem Eintritt in eine Brauerei verpflichte, jede Arbeit, welcher Art sie auch sei, nach Anordnung des Braumeisters zu verrichten. Jederzeit erfolge bei Weigerung Entlassung. Einige fügten sich, die anderen wurden entlassen.

Die Brauereibesitzer haben mit scharfem Blick erkannt, daß in unserer Geschlossenheit unsere Macht lag. So große Diplomaten sie auch sind, ganz schweigend der Mund nicht darüber, wovon das Herz voll war. Die Hingegardisten, das sahen sie bald ein, die waren uns eben recht für den Kampf. Aber die „anderen“, die „Blauen“ usw., die könnten uns eher anmeinen, und sie würden dafür sorgen, daß wir ihnen in Zukunft nicht wieder so geschlossen gegenüberstehen würden. Wenn sie vor allen Dingen dabei noch im Auge hatten, war bei den Verhandlungen unschwer herauszufinden. Sie werden versuchen, einen Keil zwischen das Fahrpersonal und zwischen das Ma-

schinenpersonal zu treiben. Im Interesse dieser Arbeitergruppen selber und desjenigen der gesamten Bremer Brauereiarbeiter liegt es, daß ihnen dies nicht gelingt. Wenn die Unternehmer erklärten, daß der Kampf ihnen eine Lehre gewesen sei, so ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß er nicht minder für die Arbeiter eine Lehre gewesen ist.

Die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Gewerberichters Herrn Steengrafe, die in je einer Tages- und Abend Sitzung am Dienstag und Mittwoch fortgeführt und in einer Abendsitzung am Donnerstag beendet wurden, nachdem am Donnerstag früh die Streikenden zu dem bisherigen Ergebnis Stellung genommen und der Verhandlungskommission weitere Direktiven erteilt hatten, waren äußerst langwierige. Mehr als einmal drohten sie zu scheitern. Mit ungeheurer Festigkeit verteidigten die Unternehmer ihre Position und mit nicht geringer Hartnäckigkeit rangen die Arbeitervertreter um bessere Zugeständnisse. Daß viel einzuholen war, das konnte auch den Arbeitgebern nicht unbekannt sein. Unter dem Druck der zurückgesetzten Bierpreise infolge der Gründung der Unionbrauerei waren die Zugeständnisse bei der Lohnbewegung von 1908 sehr mager. Wir mußten notgedrungen den Verhältnissen Rechnung tragen, und unsere Organisationsverhältnisse in Bremen ließen damals auch noch manches zu wünschen übrig. Aus diesem Grunde mußten diesmal besonders die Lohnhöhungen über das hinausgehen, was im allgemeinen die anderen Lohnbewegungen des letzten Jahres gebracht haben. Das ist erreicht worden. Viel höher waren die Erwartungen der Bremer Kollegen gespannt. Damit, daß diese nicht restlos erfüllt würden, mußten sie rechnen. Das war auch durch den hartnäckigen Kampf nicht möglich. Gewerkschaftliche Kannegießer haben geglaubt, daß der Kampf hätte weitergeführt werden müssen, bis dieses Ziel erreicht gewesen wäre. Es ist das große Verdienst und der Triumph der Bremer Brauereiarbeiter, daß sie zu einer Zeit, wo der Kampf sehr günstig stand, die Friedensbedingungen annahmen und ihn so imposant beendeten, wie sie ihn begonnen haben. Sie haben nicht umsonst gekämpft. Freilich beträgt die Arbeitszeitverkürzung nur eine Viertelstunde pro Tag, aber eine sehr wesentliche Arbeitszeitverkürzung und größere Lohnhöhungen sind in einem schon fortgeschrittenen Stadium der Tarifverträge selten gleichzeitig durchzuführen. Und in Bremen mußten diesmal die Löhne denjenigen anderer Orte etwas näher gebracht werden. Die Bremer Kollegen können sich mit dem Errungenen sehen lassen. Bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit gestalten sich die Lohnverhältnisse folgendermaßen:

Der Lohn der Brauer steigt von jetzt 30 Mk. auf 32 Mk., ab 1. Oktober 1912 auf 33 Mk.

Der Einstellungslohn der Maschinisten betrug bisher 25 Mk., der Endlohn bei zweijähriger Dienstzeit 28 Mk. Diese Löhne erhöhen sich sofort um 2,50 Mk. auf 27,50 bzw. 30,50 Mk. und steigen ab 1. Oktober 1912 auf 29,50 bzw. 31,50 Mk. Neu eingereicht in diese Gruppe wurden Schlosser und Chauffeure. Die übrigen Handwerker und die Heizer erhalten in allen Positionen 1 Mk. weniger.

Der Lohn der Koffuhrlente, deren Mitfahrer, Stalleute, Hilfsarbeiter und Nachtwächter steigt von jetzt: 23 bis 26 Mk. auf 25 bis 28 Mk., ab 1. Oktober 1912 auf 26 bis 29 Mk.

Der Lohn der Kundschaftsfahrer ohne Prozente steigt von bisher 27 Mk. auf 29 Mk. bis 30 Mk.; ab 1. Oktober 1912 30 Mk. bis 31 Mk.

Der Lohn der Arbeiterinnen betrug bisher 14 Mk., jetzt 15 Mk. bei Einstellung, 16 Mk. nach 1 Jahr und 16,50 Mk. nach 2 Dienstjahren.

Die Löhne der Flaschenkellerarbeiter steigen wie bisher automatisch nach dem Alter, beginnend mit 15,25 Mk. bei vollendetem 16. Lebensjahr bis 25,50 Mk. bei vollendetem 22. Lebensjahre. In allen diesen Löhnen ist ein Aufschlag von 1,25 Mk. eingegriffen.

Der Lohn für Flaschenkellerarbeiter vom vollendetem 23. Lebensjahr an beträgt 27,50, ab 1. Oktober 1912 27,75 Mk. Be-

dingung ist zweijährige Tätigkeit im Betriebe. Bisheriger Höchstlohn 25 Mk.

Sehr rückständig waren bisher die Löhne der Prozentmitfahrer. Sie erhalten auf ihrem festen Lohn eine sofortige Zulage von 3 Mk., außerdem für Ueberstunden ein Pauschale von 2 Mk. bzw. 1 Mk., die Mindestzulage für diese Kategorie beträgt 4 Mk.

Den Prozentfahrern wird ein Mindesteinkommen von 1900 Mk. garantiert, was für eine größere Anzahl eine erhebliche Verbesserung bedeutet.

Die Ueberstundenätze sind um 5 Pf., bei Löhnen von 30 Mk. an um 10 Pf. erhöht worden.

Außerst heftig wurde, wie fast überall, um die Bezahlung der Ueberstunden für das Fahrpersonal gekämpft. Die Schwierigkeiten, besonders wenn Prozentfahren üblich ist, sind ja bekannt. Es blieb bei einer Wochenpauschale von 1 bzw. 2 Mk., jedoch verpflichteten sich die Brauereien, Sorge zu tragen, daß die Koffuhrlente usw. ihre Forderungen für gewöhnlich rechtzeitig beenden können. Sonstige Verbesserungen sind unwesentlicher Natur.

Alles in allem können die Bremer Brauereiarbeiter mit Befriedigung auf ihren Kampf zurückblicken. Er hat ihnen großes Ansehen und Sympathien bei allen Brauereiarbeitern und Achtung seitens der Bremer Arbeiterschaft eingetragen, und ob die Unternehmer es zugestehen wollen oder nicht, das einmütige Handeln der Arbeiter hat den Bremer Brauereiarbeitern nicht wenig imponiert. Hoffentlich hat auch ihr Syndikus Rechtsanwalt Schmidt einsehen gelernt, daß es auch für Arbeiter eine Grenze der Geduld gibt.

Möge dieser Kampf, die glänzende Einigkeit und Disziplin, mit der er geführt wurde, unsere Kollegen überall zu begeisterter Arbeit anspornen, eine gleich starke, geschlossene Phalanx zu bilden, und mögen die Bremer Kollegen aus dem Kampf ersehen haben, wie wichtig weise Mäßigung ist und wie notwendig es für sie ist, eifersüchtig zu machen, daß die Geschlossenheit der Zahlstelle unangetastet bleibt. Jetzt nach dem Kampf ist Einigkeit und Geschlossenheit erst recht notwendig.

Einiges wäre noch nachzutragen zu dem Verlauf dieses Kampfes, wo Brauereiuunternehmer sich zum erstenmal der Hingegardisten im Kampfe gegen ihre Arbeiter bedienten. Was waren dies für Elemente? Der Streikbrecherlieferant selbst, der in diesem Falle Franz Holz hieß, nannte sie Lumpen, die in der Mehrzahl mit Gefängnis oder Zuchthaus bestraft seien. Und selbst Bremer bürgerliche Zeitungen wußten von der Tätigkeit der Hingegardisten während ihrer zehntägigen Gastrolle folgendes zu berichten:

„Eine große Schlägerei entstand gestern Abend auf dem Hofe der Kaiserbrauerei unter den von auswärts hier zugereisten Arbeitswilligen, wobei Messer, Revolver, Gummischläuche und andere Gegenstände eine Rolle spielten. Ein Arbeitswilliger hatte einen Schuß in den Rücken bekommen, mehrere hatten Stichwunden im Kopf, im Ohr und Rücken; ein anderer hatte einen Messerstich in den rechten Oberschenkel bekommen, wobei das dazu benutzte Messer abbrach, so daß die abgetrocknete Klinge in der Wunde stecken blieb. Drei der am schwersten Verletzten wurden, nachdem ihnen Verbände angelegt worden waren, mit Krankenträgern nach dem Krankenhaus gebracht, die leichter Verletzten blieben nach Anlegung von Verbänden vorläufig auf der Brauerei. Die Haupttädel führer wurden in polizeilichen Gewahrsam genommen.“

Diese Schlacht fand am 9. Oktober statt, wohl ein Duzend von der Gifttruppe der Unternehmer wurden am 10. Oktober morgens von der Kaiserbrauerei abgeholt und in das Untersuchungsgefängnis abgeliefert. Die Waffen, mit welchen sich die Hingegardisten gegenseitig bearbeiteten, schenken ihnen von den Brauereien selbst, wenigstens teilweise, geliefert zu sein. Verschiedene Mordinstrumente sind den Hingegardisten ja auch abgenommen und in das Streikbureau abgeliefert worden. Das sind aber auch di-

selben Elemente, für welche die „staatserkaltenden“ Elemente und vor allen Dingen die Scharfmacher nach gesetzlichen Schutz schreien. Auch die „Tageszeitung für Brauerei“ befindet sich in dieser Gesellschaft. In einem Artikel in Nr. 243 vom 15. Oktober, betitelt: „Die politischen Gefahren des Brauereigewerbes“, wird auch der Bremer Kampf gestreift und die angeblich begangenen Gewalttaten der mit den Streikenden sympathisierenden Menge gegen Arbeitswillige und Bierwagen, welche die Brauereien veranlaßt hatten, um Nachsicht bei den Konsumenten zu bitten. Anschließend heißt es dann:

„Sie (die Brauereien D. N.) hätten Arbeitswillige genug, aber diese fänden keinen genügenden Schutz gegen solche Gewalttät. Unserer Ansicht nach sind Regierung und Polizei doch dazu da, den friedlichen, gesetzesliebenden Bürger gegen Gewalttät zu schützen.“

Die Hinzubröder, die nach Erklärung des Streikbrecherlieferanten selbst in der Mehrzahl mit Gefängnis und Zuchthaus bestraft sind, die in der Kaiserbrauerei sich gegenseitig halb tot schlugen, sind also nach Meinung der „Tageszeitung für Brauerei“ die „friedlichen gesetzesliebenden Bürger“, die von Regierung und Polizei besonders geschützt werden müssen.

Noch ein Beispiel von der Art, wie ein bürgerliches Blatt die Streikenden verunglimpft, sich aber gleichzeitig bemüht, die im Kampfe stehenden Arbeiter gegeneinander aufzuhetzen, um die Geschäfte der Unternehmer zu besorgen und zu diesem Zweck mit Unwahrheiten operiert, die wissenschaftliche Unwahrheiten sein müssen, weil dieses bürgerliche Blatt, die „Weser-Zeitung“, ja in so innigem Kontakt mit den Unternehmern stand, um zu wissen, was ist. Die „Weser-Zeitung“ vom 12. Oktober brachte zum Streik der Brauereiarbeiter u. a. folgendes:

Bremen, 11. Oktober.

Zum Streik der Brauereiarbeiter. Heute sind die Einigungsverhandlungen vor dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts fortgesetzt worden vormittags von 9 bis 2 Uhr, und abends um 7 Uhr kommen die Vertreter wieder zusammen. Man ist bisher noch nicht weit gekommen, und nach der heutigen Abendstunde wird wohl eine Pause eintreten müssen, damit sich die Unterhändler der Streikenden um etwas weitergehende Vollmachten bemühen können, als sie ihnen bisher erteilt waren. Wenn die geschickten und gutgemeinten Bemühungen des Gewerbegerichtsvorsitzenden für eine Einigung bisher so wenig Erfolg gehabt haben, so liegt das hauptsächlich an der fast beispiellosen anmaßenden Haltung der Streikenden. Denn nichts als ein sozialdemokratischer Bluff ist es doch, daß man die genossenschaftliche Union-Brauerei, die in diesem Falle lediglich als ein Organ der Sozialdemokratie anzusehen ist, mit dem Abschluß eines neuen Lohnvertrages herausmarschieren ließ, um dann die Öffentlichkeit glauben zu machen, daß man mit Recht daselbe von den Brauereien der Sozietät verlangen könne. Sollte das Opfer des Vertrages der genossenschaftlichen Brauerei auf die Dauer dann doch verhängnisvoll werden, so treten natürlich die Genossen dafür ein, sie auf den Beinen zu halten. Die anderen Brauereien aber, sie sind ja Organe des verhassten Kapitalismus, an ihnen kann man getrost derartige Zwangssätze, wie hier einer vorliegt, verüben, ihr Schicksal ist gleichgültig, wenn es auch von mehr als einem Tausend Arbeiter geteilt wird. Die Streikenden gehen sogar soweit, die Wirte und das ganze hiertrinkende Publikum mit unter ihrer Bewegung leiden zu lassen, ungeachtet dessen, daß diese den Boden bilden, in denen ihre Existenz wurzelt. Sie geben sich alle Mühe, durch Drohungen und Gewalt den Wirten und Händlern die Bierversorgung abzuschneiden oder sie zu zwingen, das genossenschaftliche Union-Bier, von dem man sonst nicht viel wissen will, und das unbedingt bei stärkerem Absatz in genußfähigerem Zustande zum Vertrieb kommen muß, abzunehmen. Die Streikenden haben zu dem Zweck sogar einen eigenen Bierverlag für Union-Bier eingerichtet, bei dem jeder Wirt, der bei ihnen gut angeschrieben sein will, sich melden kann. — Was sind es nun eigentlich für Leute, die sich solche Gewalttate anmaßen und dabei noch die Sympathie des gesamten mit darunter leidenden Publikums für sich in Anspruch nehmen zu dürfen glauben? — Das Gros der Streikenden besteht aus den Brauereiarbeitern, mit denen die Bierfahrer und Maschinisten nur ungerne und unter dem Druck der Organisation den Zustand mitmachen. Denn bei den Brauereiarbeitern handelt es sich doch um durchweg ungelernete Leute, wie sie anderswo als Hausdiener, Laufburschen, Handlanger, Straßenreiner und dergleichen tätig sind. Sie haben bei ihrer Arbeit in den Brauereien das ganze Jahr ohne jede Unterbrechung — im Gegensatz zu Hafenarbeitern, Bauarbeitern usw. — Beschäftigung und sollen bei der Einstellung pro Woche 24,50 Mk. nach zwei Jahren 28,50 Mk. pro Woche verdienen, wozu noch 1 Mk. für etwaige Ueberstunden kommt, auch wenn sie nicht geleistet werden. Flächentraum- und Packtimmerarbeiter sollen, wenn 16 Jahre alt, 15 Mk., steigend bis zum 24. Jahre auf 21,50 Mk., erhalten. In auffälligem Mißverhältnis hierzu stehen unserer Ansicht nach die Löhne der Maschinisten, die nach den Forderungen des sozialdemokratischen Verbandes als gelernte Arbeiter mit verantwortlichem Dienste nur etwa 2 Mark die Woche mehr zu erhalten brauchen als die gänzlich ungelerneten Handlanger, Packer und Flaschenpöpler. Aber so will es die gepriesene sozialdemokratische Ordnung: Leute von Kenntnis und Leistungsfähigkeit müssen in ihren Lebensstellungen auf das Niveau und den Stumpfsinn der Masse herabgedrückt werden, der allein die unbedingte Disziplin allen noch so sinnlosen sozialdemokratischen Pa-

rolen gegenüber verbürgt. Man braucht im roten Lager überhaupt weiter nichts gelernt zu haben, als ein guter Sozialdemokrat zu sein, alles andere kommt dann von selbst. Der Terrorismus der Streikenden muß nach alledem das Publikum geradezu herausfordern, alle die Wirte zu unterstützen, die unbedröhen die guten Biere der Sozietät bezapfen. Mit dem dann immer stärker werdenden Ausfahren dieser Biere werden auch die Gewalttate der Streikenden mehr und mehr vergeblich und schließlich unmöglich werden.

Heute nachmittag ist erst wieder ein Fuhrwerk aus der Warte, das in der Neustadt von einer Brauerei Bier holen wollte, von zehn bis zwölf Leuten angehalten und zur Rückkehr gezwungen worden, ohne daß Polizei einschreiten konnte. Die Zurückhaltung, mit der unsere Polizei in diesem Konflikt bisher vorgegangen ist, hat offenbar bei den Streikenden die Auffassung bestärkt, als ob sie Herren in der Stadt seien.

Wir haben den ganzen Bericht gebracht, um uns nicht den Vorwurf einer unklaren Darstellung machen zu lassen. Wenn die Arbeiter einen Ausgleich im Lohn für die Teuerung verlangen, die die Regierung und die bürgerlichen Parteien verschuldet, dann nennt das dieses bürgerliche Blatt: anmaßende Haltung, und wenn die Union-Brauerei den berechtigten Forderungen der Arbeiter mehr entgegenkommt als die auf ihre Macht pochenden Unternehmer der Brauerei-Sozietät, dann wird sie als Organ der Sozialdemokratie denunziert. Aber welche Verachtung der ungelerneten Arbeiter legt dieses bürgerliche Blatt nicht in ihrer Darstellung an den Tag, die es als stumpfsinnige Masse hinstellt, und mit welchem Raffinement wird nicht versucht, die eine Arbeitergruppe gegen die andere auszuspielen und die Bierfahrer und Maschinisten zu Verrätern zu machen. Das Blatt jammert über die niedrigen Forderungen für die Maschinisten als gelernte Arbeiter mit verantwortlichem Dienste; es ist die Heuchelei des Profodils, die weinen kann und würgt. Die „Weser-Zeitung“ wird ganz gut wissen, daß für die Maschinisten und auch Seizer die Forderung auf 33 bis 35 Mk. Wochenlohn gestellt war, daß aber die Unternehmer gerade hier den größten Widerstand zeigten und die Löhne dieser Gruppen, die die Unternehmer früher mit den Hilfsarbeitern gleichstellten, auch jetzt nur um 1 Mk. höher stellen wollten. Das mehr herauskam, ist dem Kampf, dem geschlossenen Vorgehen aller Brauereiarbeiter zu danken; erreicht wäre dieses nicht worden, wenn die Arbeiter sich etwa von der „Weser-Zeitung“ hätten beeinflussen lassen. Daß aber auch die Arbeit der sogenannten Ungelernten, jeder in seinem Fach, eine außerordentliche Fertigkeit verlangt, kann die „Weser-Zeitung“ von den Unternehmern erfahren.

Schließlich schreit das Blatt nach schärferem Vorgehen der Polizei; diese wird der zu großen Zurückhaltung beschuldigt. Daselbe brachte ja auch die Räubergeschichten über die Gewalttaten der Streikenden gegen die Hinzubröder, woran kein wahres Wort war. Gegen diese Verdächtigung war selbst die Polizei genötigt, sich zu wehren; sie hat in der bürgerlichen Presse eine Berichtigung veröffentlicht, daß die Arbeitswilligen und die Bierwagen genügend polizeilichen Schutz hätten und von Polizeimannschaften begleitet würden, und daß kein Anlaß vorgelegen habe, gegen die Streikenden einzuschreiten.

So gibt sich hier die bürgerliche liberale „Weser-Zeitung“ päpstlicher als der Papst; sie spielt den rabiaten Scharfmacher, verhöhnt und beschimpft die Streikenden, sucht sie zu entzweien, erfindet Räubergeschichten, um die Polizei scharf zu machen, und denunziert dann noch diese, weil sie den Wünschen der „Weser-Zeitung“ nicht Rechnung trägt.

Die Arbeiter taten gut, sich um das Geschrei nicht zu kümmern und den geraden Weg zu marschieren und nur auf ihre Zeitung zu hören; so werden sie es auch in Zukunft tun, dann fahren sie am besten.

Täuschungsversuche.

Die immer mehr um sich greifende Bewegung gegen die Teuerung und ihre Ursachen, die eine Volksbewegung im wahren Sinne des Wortes ist, bereitet natürlich den Regierungen sowie den Parteien, die durch ihre Lebensmittelpolitik für die Teuerung mit verantwortlich sind, schwere Sorgen und Kümmernisse, zumal die große Abrechnung, welche die Reichstagsneuwahlen bringen sollen, immer näher rückt. Es ist erklärlich, bemerkt das „Hamburger Echo“, daß die offiziellen Blätter, sowie die Organe der Konfessionen, der Agrarier und des Zentrums sich bemühen, durch frivole Täuschungsversuche auf das Volk einzuwirken. Sie machen sich den Schwindel sehr leicht, indem sie die Sozialdemokratie und nebenbei auch den Freisinn einer „gewissenlosen Ausnützung“ der Notlage beschuldigen. So behauptet das halbamtliche Blatt der sächsischen Regierung, die „Leipziger Zeitung“, daß die durch die „diesjährige Dürre hervorgerufene Mißernte und ihre Folgen“ von der Sozialdemokratie „parteilich ausgenutzt“ würden, worin sie linksliberale Blätter unterstützen. In einer Berliner Korrespondenz der „Kölnischen Volkszeitung“ heißt es, daß Sozialdemokratie und Liberalismus, wenn das Volk nach Brot schreit, ihm einen „Schwall von Worten“

schenken. Die dumme Unverschämtheit dieser Behauptung fällt recht drastisch ins Auge in Anbetracht der Tatsache, daß die maßgebenden Faktoren sich den von der Sozialdemokratie und zum Teil auch von liberaler Seite erhobenen Forderungen zur gründlichen, umfassenden und erfolgreichen Bekämpfung der Teuerung in Uebereinstimmung mit den Parteien des schwarz-blauen Blocks widersetzen. Diese Elemente sind es, welche zur wirklichen Abhilfe so gut wie gar nichts tun, aber um so mehr Worte, nichts als Worte machen, hochtönende Wohlwollensversicherungen, hinter denen kein guter Wille steht.

Weiter schreibt das Zentrumsblatt in einer Betrachtung über „Teuerung, Wirtschaftspolitik und Sozialdemokratie“ folgendes: „Während die augenblickliche Notlage für alle vernünftigen Leute ein Gegenstand ernster Sorge und sachgemäßer Prüfung ist, betrachtet die Sozialdemokratie diese Notlage als willkommenes Gehmittel für ihre agitatorischen Zwecke. Sie stellt es vor allem so dar, als sei unsere Wirtschaftspolitik im letzten Grunde für die Teuerung verantwortlich zu machen. Gerade das Gegenteil ist richtig; wenn wir unsere heimische Lebensmittelproduktion nicht beizeiten geschützt und so das Angebot an Lebensmitteln im eigenen Lande gestärkt hätten, dann müßten wir schon längst weit höhere Preise bezahlen und wären schon längst in die allergrößten Schwierigkeiten gekommen. Für jeden Weiterblickenden wird diese Tatsache mit jedem Tage selbsterständlicher. Wie kann unsere Wirtschaftspolitik für eine Preissteigerung verantwortlich gemacht werden, wenn eine Teuerung überall herrscht, auch in anderen Ländern, wo die Preissteigerung noch eine viel größere war und wo die Teuerung sich viel schlimmer bemerkbar macht.“

Es wird dann behauptet, daß wir in der aller schlimmsten Lage wären, wenn wir eine sozialdemokratisch-freisinnige Wirtschaftspolitik gehabt hätten, und dazu bemerkt: „Es geniert die Sozialdemokratie bei ihrer jetzigen Agitation auch nicht im geringsten, daß manche Produkte, die mit am meisten von der Teuerung betroffen werden, zum Beispiel Kartoffeln, Milch usw., überhaupt gar keinem Zoll unterliegen. Selbst da, wo die Wirtschaftspolitik also absolut gar nichts mit der Sache zu tun haben kann, wird sie trotzdem dafür verantwortlich gemacht. . . Die Sozialdemokratie trägt die Schuld an der Verhütung der einzelnen Stände gegeneinander, an der Verwirrung und Verschlimmerung der Lage. Gewisse kapitalistische Großhändlerkreise allein haben ihre Freude an dem übertriebenen Teuerungsgeschrei der Sozialdemokratie, da sie unter diesem Eindrucke bequem unangemessene Preisaufschläge machen können.“

Unverschämter können wirklich die Tatsachen nicht verdreht werden. Einmal steht doch fest, daß nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die christliche Arbeiterschaft und die Massen des kleinen und mittleren Bürgertums sowie der Beamten, daß weiter auch städtische Körperschaften, Handelskammern usw. genau so wie die Sozialdemokratie „heken“, indem sie die seit Jahrzehnten von den Regierungen und den herrschenden Parteien im Interesse der Großagrarier und Großindustriellen betriebene Wirtschaftspolitik für die Teuerung zwar nicht allein, aber doch hauptsächlich mit verantwortlich machen. In Deutschland hat die künstliche Teuerung der Lebensmittel durch diese Politik schon vor drei Jahrzehnten mit dem Umwesen der agrarischen Schutzzölle eingesezt. Sie ist dann durch die Ausgestaltung dieser Zölle und der indirekten Steuern, sowie durch die Grenzschranken stetig gesteigert und jetzt durch den Mißwachs lediglich verschärft worden. Das Volk hat sattfam erfahren, wozu der „Schutz der Lebensmittelproduktion“ gedient — zur Auswucherung der Volksmassen im Interesse des Großagrarierentums und des Reichsstaats. Insbesondere die Fleischteuerung schreibt sich doch nicht erst vom Mißwachs dieses Sommers her; sie lastet schon jahrelang auf dem Volke, während weder Deutschland noch das Ausland Mißwachs zu beklagen hatten. Daß jetzt überall Teuerung herrscht infolge schlechter Ernte, ist eine Sondererscheinung, die für die Beurteilung der Teuerung in Deutschland nur insoweit in Betracht kommt, als sie ein längst vorhandenes und in der Wirtschaftspolitik begründetes schweres Uebel noch verschärft und verallgemeinert.

Gewiß, Kartoffeln und Milch zahlen keinen Zoll. Aber die Agrarzölle haben doch die ganz natürliche Wirkung gehabt, auch die Preise dieser landwirtschaftlichen Produkte in die Höhe zu treiben. In dem herrschenden System der Volksauswucherung hängt Gewicht sich an Gewicht. In demselben Maße, wie Brot und Fleisch durch Zölle und Grenzschranken künstlich verteuert wurden, in demselben Maße, wie durch das Einfuhrverbot in wesentlichen der deutsche Markt vom inländischen Getreide entblößt wird — in demselben Maße werden auch die Preise für diejenigen zur Volksernährung notwendigen landwirtschaftlichen Produkte, welche zollfrei sind, in die Höhe getrieben. Ueber das alles möchten die schwarz-blauen „Volkstreue“ das Volk hinwegtäuschen, um ihre Lüge, daß die Sozialdemokratie die Teuerung „miß-

braucht zur Verbebung", glaubhaft zu machen. Wenn das Zentrumblatt schließlich gar noch das „übertriebene Teuerungsgeschrei der Sozialdemokratie“ als dem Interesse der kapitalistischen Großhändlerkreise dienend hinstellt, so richtet dieser jämmerliche Humbug sich selbst. Der Großhandel kann seine Profite aus der Teuerung nur gewinnen durch das herrschende Zoll- und Steuerhystem.

Verichtigung.

Im Artikel in voriger Nummer „Des Volkes Not“ muß es Seite 2, Spalte 3, zweiter Absatz heißen: „So zahlen wir pro Doppelzentner Roggen 5 Mk., pro Doppelzentner Weizen 5,50 Mk. Zoll.“

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1910.

I.

Von vielen Wirtschaftspolitikern werden die wirtschaftlichen Kämpfe, die Streiks und Aussperrungen als eine Art nationales Unglück angesehen. Diese Leute berechnen, welche Summen dem Nationalvermögen durch Unterbrechung der Produktion verloren gehen, welchen Nachteil die Arbeiterschaft durch den Lohnausfall hat und klagen darüber, daß Not und Elend in den Familien der streikenden oder ausgesperrten Arbeiter während der Wochen der erzwungenen Arbeitslosigkeit herrscht.

Wäre diese Ansicht richtig, so müßte das Jahr 1910 als ein besonderes Unglücksjahr angesehen werden, denn es weist die größte Zahl wirtschaftlicher Kämpfe auf, die bisher in einem Jahre in Deutschland nachgewiesen wurde.

Vom Standpunkte des Arbeiters aus beleuchtet, sieht sich die Sache etwas anders an. Die Arbeiterschaft weiß sehr wohl, daß die Unterstützung, welche die Organisation ihr während eines Kampfes zu gewähren vermag, nur einen Teil des entgangenen Arbeitsverdienstes ersetzen kann. Sie rechnet auch mit der Notlage, die ihr bei langandauernden Kämpfen bevorsteht. Trotzdem ist sie weit davon entfernt, anzunehmen, daß diese Kämpfe ein nationales Unglück und geeignet seien, den Arbeitern dauernden Nachteil zu bringen. Ein großer Teil der an Streiks Beteiligten wird wohl mit dem momentanen Erfolge, der erzielt wird, allein rechnen. Die Weiterblickenden aber werden diesen Kämpfen die volle, weit über den Augenblickserfolg hinausgehende Bedeutung zumessen. In Wahrheit sind die Streiks von eminenter kulturfördernder Wirkung. Nicht nur insofern, daß durch sie eine Besserung in der Lebenshaltung der Arbeiterschaft herbeigeführt wird, sondern auch dadurch, daß sie günstig auf die Charaktereigenschaften der Arbeiterschaft einzuwirken. Zu keiner Zeit werden höhere Anforderungen an das Solidaritätsgefühl und die Opferwilligkeit der Arbeiter gestellt, als zur Zeit einer Arbeitseinstellung oder Aussperrung. Solidarität und Opferwilligkeit aber sind Eigenschaften, die bei der Arbeiterschaft vorhanden sein müssen, wenn sie zu einer höheren Kulturstufe aufsteigen soll.

Deswegen haben wir nicht darüber zu klagen, daß zu viel Streiks geführt werden, sondern wir müssen beklagen, daß die Zahl derjenigen, die sich an den Kämpfen beteiligen, zu gering ist, daß Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen heute noch diesen Bewegungen fernstehen, nicht genügend Opfermut und Solidaritätsgefühl haben, den Kampf um eine bessere Lebenshaltung aufzunehmen. Besonders in den letzten Jahren war infolge der großen Lasten, welche der Arbeiterschaft durch indirekte Steuern auferlegt wurden, eine Lohnerhöhung geboten. Die ungünstige Wirtschaftskonjunktur hinderte leider die Arbeiter, sich höhere Löhne zu erkämpfen. Erfreulich ist es, daß jetzt, bei dem Beginn einer besseren Konjunktur, sich das Bestreben bemerkbar macht, den notwendigen Ausgleich zwischen Lohnhöhe und Nahrungsmittelpreis zum Teil herbeizuführen. Im Jahre 1910 wurden insgesamt 9690 Kämpfe geführt, an welchen 1 025 542 Personen beteiligt waren. Die Durchführung dieser Kämpfe erforderte eine Ausgabe von 18 666 523 Mk. Als Resultat ist zu verzeichnen eine Arbeitszeitverkürzung für 344 570 Personen um 756 564 Stunden pro Woche und für 827 627 Personen eine Lohnerhöhung von 1 815 537 Mk. pro Woche. Dazu kommt die Abwehr einer Arbeitszeitverlängerung von 9444 Stunden pro Woche und Zurückweisung einer Lohnkürzung von 29 779 Mk. pro Woche.

Es wäre verfehlt, diese Errungenschaften in Vergleich zu stellen mit den Opfern, die von der Arbeiterschaft für diese Kämpfe gebracht worden sind. Die Verkürzung der Arbeitszeit schon ist nicht in Geldwert umzurechnen, sondern nach ihrem Kulturwert abzuschätzen. Die erzielten Lohnerhöhungen gelten nicht für das eine Jahr, sondern sind für mehrere Jahre in Rechnung zu stellen, ganz abgesehen davon, daß vielfach bei Tarifabschlüssen Lohnsteigerungen für die folgenden Jahre der Tariffdauer vorgeesehen werden. Diese Lohnsteigerungen können ziffernmäßig schwer ausgewiesen werden. Jedenfalls hat die Arbeiterschaft keine Ursache, über die Opfer, welche sie bereitwilligst übernommen hat, zu klagen, sondern zu prüfen, ob ohne sie diese wenn auch nur bescheidene Besserung der

Lebenshaltung oder auch nur die Aufrechterhaltung der bisherigen erzielt worden wäre. Das Resultat dieser Prüfung muß sein, daß ohne die gewerkschaftliche Organisation, ohne die für diese übernommenen Leistungen nicht nur jeder Aufstieg der Arbeiterklasse unmöglich, sondern eine Herabdrückung ihrer Lebenshaltung eingetreten wäre.

Der Wert der Organisation zeigt sich besonders darin, daß eine große Zahl der Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung verläuft und gerade bei diesen der größere Teil der Errungenschaften zu verzeichnen ist. Von den Bewegungen des Jahres 1910 verliefen 6496 oder 67 Proz. ohne Arbeitseinstellung, während 3194 zu einer Arbeitseinstellung oder einer Aussperrung führten. In den ersteren waren 656 531 oder 64 Prozent aller Beteiligten, an den letzteren 369 011 Personen beteiligt. Das gleiche Verhältnis ergibt sich, wie die folgende Tabelle zeigt, auch für die vorhergehenden Jahre.

Table with columns: Jahr, Bewegungen (ohne Arbeitseinstellung, m. Arbeitseinstellung), Insgesamt beteiligte Personen, Beteiligte Personen (ohne Arbeitseinstellung, m. Arbeitseinstellung).

Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein solches Ergebnis nur erzielt werden konnte, weil die gewerkschaftlichen Organisationen nicht nur an Umfang, sondern auch an innerer Festigung und an Finanzkraft zugenommen haben. Die Unternehmer würden sicher nicht bereit sein, Zugeständnisse zu machen, wenn sie nicht wüßten, daß die Organisation, welche Forderungen stellt, bereit und auch stark genug ist, diesen Forderungen eventuell durch eine Arbeitseinstellung Geltung zu verschaffen. Diese Gegenüberstellung der mit und ohne Arbeitseinstellung verlaufenen Lohnbewegungen lehrt aber noch ein anderes. Sie beweist, daß die organisierte Arbeiterschaft nicht streikt um des Streikes willen, sondern deshalb, um ihren Zweck zu erreichen. Gelingt dies, ohne daß es notwendig ist, zum äußersten Mittel zu greifen, so sind die Arbeiter gern einverstanden und begnügen sich oft mit weniger, als sie gefordert haben und erhalten müßten, um eine nennenswerte Besserstellung für sich herbeizuführen.

Zu der vorstehenden Tabelle sei noch bemerkt, daß die Angaben über die Gesamtzahl der Bewegungen für 1905 bis 1909 von denen in den Vorjahren veröffentlichten abweichen. Es sind in den genannten Jahren die Doppelzählungen von Streiks und Aussperrungen in den Ziffern enthalten gewesen. Diese sind jetzt ausgeschieden. Solche Doppelzählungen ergeben sich, da die Streikstatistik nach Berufen aufgestellt wird, dadurch, daß an einem Streik oder an einer Aussperrung mehrere Organisationen beteiligt waren. Sie werden bei der Bearbeitung der einzelnen statistischen Tabellen sorgfältig ausgeschieden und es ist zweckmäßig, sie auch im Gesamtergebnis auszuschneiden.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Trotzdem wir uns schon in vorgerückter Jahreszeit befinden, sehen wir ein reges Leben auf dem Gebiet der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Lebenssteuerung treibt die Arbeiterschaft zum Handeln. Der Preis der Arbeitskraft muß sich naturgemäß in gleichem Maße steigern, als die Lebensbedürfnisse. Unsere Industriellen und Junker können sich zwar zu dieser Einsicht nicht aufschwingen und doch sind sie es in erster Linie, welche die Arbeiter zu ihrem Vorgehen treiben. Unseren Junkern wäre dringend zu empfehlen, mal einen gleichen Versuch zu wagen, wie eine englische Wochenchrift beim letzten Eisenbahnstreik, welche die Frage aufgeworfen hatte: „Warum streiken Sie?“ Die beste Antwort wurde mit 200 Mk. preisgekrönt. Der Arbeiter, welcher den Preis erpochten hatte, erklärte mit wenigen Worten, daß er nur im Besitz einer einzigen marktfähigen Ware wäre und dieses sei seine Arbeitskraft. Diese müsse er so teuer verkaufen, wie nur irgend möglich. Er mache nichts anderes als sein Arbeitgeber. Wenn er sich einer Vereinigung anschließe, um seine Arbeitskraft zu schützen, so schließe er sich auch hier nur dem Vorbilde seines kapitalistischen Arbeitgebers an. Der deutsche Arbeiter, welcher in dieser Weise befragt würde, könnte auch keine andere Antwort geben, aber die deutschen Junker und Kapitalisten fragen den Arbeiter erst gar nicht, sondern es muß diesen recht oft ungefragt die Meinung gesagt werden. — Im Vorbergrund der letzten Tage stehen recht bedeutende Tarifbewegungen und nehmen

die Tarifverhandlungen der Buchdrucker das größte Interesse in Anspruch. Allen Anschein nach wird ein Kampf vermieden werden und sind bestimmte Hoffnungen, daß das ausgehandelte Resultat Annahme findet. Bei einer halben Stunde Arbeitszeitverkürzung kam im Durchschnitt eine zehnprozentige Lohnerhöhung heraus. Die Ortszuschläge erfahren in den meisten Fällen 2 1/2 Proz. Erhöhung. Das Minimum im ersten Jahre nach der Lehre wurde von 18 Mk. auf 19,50 Mark gebracht. Die ständige Ueberstundenlage fand auch Gehör. Ob die getroffenen Maßnahmen die Zahl der Ueberstunden einschränken werden, bleibt abzuwarten. Nach der letzten Nummer des „Korrespondent“ ist das Ergebnis der dreizehntägigen Tarifverhandlungen ein gutes zu nennen.

Der Verband der Lithographen und Steindrucker ist in einen umfangreichen Kampf verwickelt. Wie wir bereits berichteten, verliefen die Verhandlungen in Leipzig resultatlos und traten am 23. September zirka 1100 Lithographen und Steindrucker dortselbst in den Streik. In einer Reihe von Städten wurden daraufhin gleichfalls Forderungen gestellt, die aber überall abgelehnt wurden. Der Schutzverband der Steindruckerbesitzer kämpft nun mit den schärfsten Mitteln und sind annähernd weitere 2000 Arbeiter gekündigt worden. Sofern nicht in den nächsten Tagen eine Verständigung Platz greift, dürften vom 14. Oktober ab in 49 Orten über 4500 Lithographen und Steindrucker im Kampfe stehen. Zu beachten ist, daß das Hilfspersonal gleichfalls Forderungen gestellt hat und sich den kämpfenden anschließen wird. Allem Anschein nach wird dieser Kampf den von 1906 noch an Umfang übertreffen. Der Ausgang kann aber nach dem Stande der Organisation und nach früheren Erfahrungen nicht zweifelhaft sein.

Die Aussperrung der Metallarbeiter in Thüringen ist jetzt beendet. Der Verband der Metallindustriellen hat versagt. Die allgemeinen zentralen Verhandlungen zerbrachen sich fast vollständig. Die Regelung von Ort zu Ort hat im einzelnen ganz gute Erfolge aufzuweisen; so in Gera, wo neben einer Arbeitszeitverkürzung auf 53 Stunden sofort und am 1. Juli 1912 auf 57 Stunden auch noch Lohnzulagen zugesprochen werden mußten. In Saalfeld mußte sogar von Betrieb zu Betrieb verhandelt werden, so groß war die Einigkeit der Industriellen. — In Bielefeld stehen die Arbeiter der Fahrradfabriken in einer Lohnbewegung. Neben den Metallarbeitern kommen noch etliche andere Berufe, wie Schmiede, Maler, Holzarbeiter und Sattler in Frage. Die Unternehmer bezeichnen die Stunde der Forderungen als sehr ungeeignet, doch wollen sie verhandeln.

Die Tabakarbeiter stehen in einer Anzahl von Städten in aussichtsreichen Lohnbewegungen. Hauptächlich kommen die weisfällischen Tabakarbeiter in Frage. Die Unternehmer lehnen die Forderungen der Arbeiter ab und sollen die Organisierten ausgesperrt werden. In Frage kommen ungefähr 22 000 Arbeiter. Die Berliner Tabakarbeiter können angesichts der Unterstützung durch die organisierte Arbeiterschaft auf recht gute Resultate zurückblicken und hat ein großer Teil der Geschäfte bewilligt.

Zu einer umfangreichen Tarifbewegung ist es in der Berliner Stapelkonfektion gekommen. Bisher war es nur unter den schwierigsten Umständen möglich, die Arbeiter dieser Industrie zur Organisation heranzuziehen. Das Zwischenmeisterhystem und die Heimarbeit boten fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Nun ist es gelungen, einen Tarif abzuschließen und auch für die bei den Zwischenmeistern beschäftigten Personen Vorteile herauszuschlagen. Die Bewegung hat größere Opfer nicht gekostet, die Organisation ist sich jedoch der Schwierigkeit der Durchführung des Vertrages wohl bewußt und müssen hier in erster Linie die beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen auf dem Posten sein. Diese Industrie bringt aber fast in jede Familie und so können auch die übrigen organisierten Arbeiter ein Stück Ueberwachungsdiens übernehmen. Die Wäschearbeiter, welche gleichfalls im Verband der Schneider und Schneiderinnen organisiert sind, haben sieben wiederum einen neuen Vertrag abgeschlossen. Der übergroße Teil der Fabrikanten hat den Vertrag anerkannt und ist es nur in einigen Betrieben zum offenen Kampf gekommen.

Der Verband der Bäcker und Konditoren hat in den Schokoladen- und Zuckertwarenfabriken eine umfassende Lohnbewegung eingeleitet mit dem Ziel eines festen Tarifvertrages. Da in dieser Industrie sehr viele Arbeiterinnen beschäftigt werden, so stehen die Löhne auf sehr niedriger Stufe. Verschiedene Berliner Großfirmen, so Carotti und Hildebrand, glauben den Absichten der Organisationsleitung zuzustimmen zu können, indem sie schnell eine geringfügige Teuerungszulage gewähren. Diese Teuerungszulage soll den Zweck haben, die Arbeiter und Arbeiterinnen von der Organisation fernzuhalten, was den Firmen kaum gelingen dürfte. Die Teuerungszulage soll aber nicht einmal kurzlich erfolgte Abzüge decken, so daß die Firma Carotti noch ein gutes Geschäft bei dieser human scheinenden Teuerungszulage macht. Die Firma Hartwig u. Vogel in Dresden hat gleichfalls nur ungenügende Zugeständnisse gemacht und sollen die Akkordarbeiter, welche 75 Proz. des Betriebes ausmachen, leer ausgehen. Die Organisation hat nun das Einigungsamt zur Vermittelung angerufen.

In den nächsten Tagen wird jenseits der schwarzen Pfähle der nationale Streit in den österreichischen Gewerkschaften auf dem Innsbrucker Parteitag wieder aufleben. Nach den Meinungen maßgebender Führer wird auch dieses Mal nichts bei der Sache herauskommen, infolge des starkköpfigen Verhaltens der tschechischen Separatisten. Die zu erwartende Diskussion soll sich hauptsächlich auf folgende beiden Fragen konzentrieren: 1. Inwiefern besteht auf gewerkschaftlichem Boden die Möglichkeit einer Ausgleichung der vorhandenen Gegensätze und 2. Welche Stellung soll die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs zu dem Streite, der innerhalb der tschechischen Sozialdemokratie entbrannt ist, nehmen. Von den verschiedensten Seiten werden nun den Separatisten meist entgegenkommende Friedensvorschlüge gemacht, wonach gewisse territoriale Gebietsabtretungen in Kraft treten sollen. Die Tschechen lehnen jedoch diese Vorschlüge ab und halten sie für unausführbar. Aber auch Julius Deutsch, zweifelsohne einer der besten Kenner der österreichischen Gewerkschaften, kann sich den gemachten Vorschlügen nicht anschließen. Auch das Organ der österreichischen Gewerkschaftskommission steht auf dem Standpunkt einer geschlossenen Gewerkschaftsorganisation, soll dieselbe nicht auf die Erfüllung ihrer elementarsten Aufgaben verzichten. So werden die Innsbrucker Tage wiederum heiße Redebekämpfe bringen, ohne an dem internationalen Durcheinander etwas ändern zu können. Die Kapitalistenklasse Oesterreichs ist der lachende Dritte.

Kleine Notizen. Der Mitgliederbestand des Holzarbeiterverbandes betrug am Ende des zweiten Quartals 174 583, demzufolge eine Zunahme für 1911 von 9541. An Streikunterstützung wurden im ersten Halbjahr 1 078 012 Mk. ausgegeben. — Die Verbände der Fabrikarbeiter und Textilarbeiter haben

einen Kartellvertrag abgeschlossen, der eine Regelung der Agitationsgebiete und der Uebertrittsbedingungen bezweckt. — Die Berliner Militärkeller haben ihren Tarifvertrag gekündigt. — Der schwedische Bauarbeiterkampf ist kaum beendet und schon ziehen neue Gewitterwolken hoch. Allen Anschein nach kommt es zu schwierigen Kämpfen in der Textil- und in der Lederindustrie. — Die Tabakarbeiter Württembergs stehen in einigen Orten in einer Lohnbewegung und haben bereits Arbeitseinstellungen statgefunden. — Für das Personal der Berliner Bade- und Massageanstalten ist ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. — Der Verband der Schuhmacher führt zurzeit eine ganze Reihe lokaler Kämpfe. Die Berliner Ballschuharbeiter sind in eine Bewegung eingetreten.

Bewegung im Berufe.

Zuzug ist fernzuhalten nach folgenden

Brauereien:

Brauerei Münsterer in Altheim; Kronenbrauerei Bädberg; Burglengensfeld.

Brennereien und Brechhefefabriken.

Kornbrennerei und Brechhefefabrik Alt.-Ges. in Leer.

Mühlen:

Mll. Wihenhäusen; Tauffenbach, Bochum; Leipzig; Schleismühle Erlangen; Dieß in Großstorkwitz bei Pegau in Sachsen.

Mehlboikott.

Die Produkte der Mühlenfirma M. Mll. in Wihenhäusen sind boikottiert. Herr Mll. sucht Abnehmer in Süddeutschland, Sachsen und Thüringen. Kollegen allerorts, sorgt für strenge Durchführung des Boikotts, sobald auch näherer Bescheid zugeht.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

Brauereien.

† Alt- und Neufrauenhofen. Besondere Methoden liebt Herr Dr. Härtl, Syndikus der Niederbayerischen Brauereivereinerung, um die Interessenvertretung der Kollegen durch die Organisation zu hinterziehen, indem er die Brauer als „Kollege“ anspricht und sie zur Unterschrift veranlaßt, daß sie mit dem Angebot der Brauerei zufrieden sind. Es glückte ihm dieses feinerzeit in Altheim und Dingolfing. In der Frhr. v. Soden'schen Brauerei in Alt- und Neufrauenhofen wollte er dasselbe Experiment machen. Er kloppte den Brauern auf die Schulter, steckte ihnen den Federhalter in die Hand und meinte, sie sollten nur unterschreiben, es wäre dieses ja ganz gleich. Doch die Kollegen ließen sich nicht verblüffen und wiesen die liebenswürdige Zumutung des Herrn „Kollegen“ Dr. zurück. In dieser Brauerei sind die Arbeiter in ihrer Organisation so erzogen, daß sie selbst wissen, was sie zu tun und zu lassen haben, und es kam ihnen übrigens ganz fremd vor, wie ein Dr. Härtl und Brauereibesitzer syndikus die Brauereiarbeiter als Kollegen betitelte. Hat denn Herr Dr. Härtl eine so hohe Meinung von den Brauereiarbeitern, daß er sie seinesgleichen stellt, oder umgekehrt, daß ein jeder Brauereiarbeiter mit seinen Kenntnissen sich dem Dr. Härtl leicht als Kollegen gegenüberstellen kann. Wenn Herr Dr. Härtl es so meint, nun dann soll er aber seinen Posten liquidieren und unter die Brauereiarbeiter gehen und dort agitieren, damit endlich einmal die traurigen Zustände in den Niederbayerischen Brauereien beseitigt werden. Herr Dr. Härtl meinte, dafür garantiert er, daß in Alt- und Neufrauenhofen kein Tarif zustande kommen wird. Wir können ihm aber jetzt verraten, daß dort doch ein Tarif abgeschlossen wurde, auch ohne ihn. Wahrscheinlich werden sich der Herr Werwaller und Herr v. Soden gesagt haben, es ist besser, wir machen unseren Tarif, als ihrem Anwalt zu folgen, der doch nichts Gescheites und Dauerhaftes auf dem Gebiete zustande bringt.

† Gungenhausen. Zu unserer Lohnbewegung. Die Kollegen in Gungenhausen in den Maßfabriken Sidam u. Fuß haben sich schon längere Zeit unserem Verbande angeschlossen und vor mehreren Wochen ist dieses gute Beispiel auch von den Kollegen der Adler-Brauerei und der Brauerei zur Post einmütig befolgt worden. Wie nun so häufig, wenn in kleineren Orten der Verband einzieht und eine beachtenswerte Mitgliedschaft anweist, bilden sich in der Regel die verschiedensten Gerüchte in der Einwohnerschaft über die Absichten und Pläne der organisierten Arbeiter. Machen sich doch diese Kleinstädter die eigenwilligsten Vorstellungen über den Zweck und die Ziele der gewerkschaftlichen Organisation. Schon bei dem Wort „Verband“ schweben diesen gutmütigen Menschen Streit und Ausschreitungen vor Augen und es bilden sich die absonderlichsten Gerüchte, namentlich wenn noch Zwischenträger jedes erhaschte Wort von den organisierten Arbeitern in verdrehter und entstellter Form den Arbeitgebern hinstreichen, um mit dieser Lüge den Besten gegen die Arbeiter scharfzumachen. So war es auch hier. Schon am 7. September schrieb der am Orte erscheinende „Altmühlbote“, die Gehilfen und Arbeiter der hiesigen Brauereien beabsichtigen, wegen Lohnunterschieden heute in den Streik einzutreten. Wie uns mitgeteilt wird, ist eine Arbeitsniederlegung bisher nicht erfolgt. Derartige Klagen sind ja in den bürgerlichen Mäthern nicht selten und oft konnten wir schon feststellen, daß diese in der ausgesprochenen Absicht verbreitet werden, um schon im voraus die Arbeiter in der Gefährlichkeit anzuschwärzen. Wir haben aber ein großes Interesse daran, daß bei unseren Bestrebungen in der gewerkschaftlichen Organisation die Wahrheit zum Durchbruch kommt, denn wenn letzteres der Fall ist, dann ist die Sympathie in der öffentlichen Meinung bei vorurteilsfreien Menschen auf unserer Seite. Wir haben deshalb auch im „Altmühlboten“ sofort richtiggestellt, daß die Arbeiter in den Brauereien Müller und Finkler so lange nicht an die Arbeitsniederlegung denken, so lange die Möglichkeit besteht, durch friedliche Verhandlungen die berechtigten Wünsche und Forderungen der Arbeiter zur Anerkennung zu bringen. Nachdem uns in

dieser Richtung bereits mündliche Zusicherungen gegeben seien, nahmen wir eine abwartende Stellung ein. Nun sind ja inzwischen schon verschiedene Verbesserungen eingetreten. Herr Finkler hat die tägliche Arbeitszeit um 2 Stunden verkürzt und wegen der Lohnerhöhung findet nochmalige Verhandlung statt. In der Brauerei Müller kam es zum Streik, da Herr Müller sämtlichen Kollegen kündigte und von ihnen den Austritt aus dem Verband verlangte. Letztere Zustimmung wurde einmütig abgelehnt und die Arbeit niedergelegt.

Durch die Unterhandlungen mit dem Bezirksleiter wurde eine vorläufige Einigung erzielt, darin bestehend, daß Herr Müller den Kollegen in Zukunft wegen ihrer Organisationszugehörigkeit nichts mehr in den Weg legt, den wieder eingestellten Kollegen 1 bis 2 Mk. Lohnerhöhung gewährt und das Abendessen mit Vergeltung abgelöst. Eine Verkürzung der Arbeitszeit tritt nach dem 15. Oktober ein.

Es ist ein schweres Stück Arbeit, in Betrieben, wie den hiesigen Brauereien, wo noch das alte patriarchalische Verhältnis, eine an Sonn- und Wochentagen unbegrenzte Arbeitszeit, das Kost- und Logiswesen bestand und noch besteht, den Grund zu weiteren Erfolgen der Organisation zu legen. Häufig fehlt den Kollegen, die sich diese Zustände jahrzehntelang gefallen ließen, die nötige Geduld, Schritt für Schritt diese eingewurzelteten Mißstände zu beseitigen. Nicht selten sind sie der Meinung, die Organisation kann auf einmal, im ersten Ansturm, mit all diesen überlieferten Mißständen und Vorurteilen der Besitzer brechen. Und oft, wenn eine Bewegung nicht so ausfällt, wie sich neuorganisierte Arbeiter den Ausgang vorstellen, dann befällt sie Mutlosigkeit, das Strohhalm der Begeisterung verfliegt und der alte Schländrian besetzt weiter, mit dem Unterschied, daß diese Kollegen dann später viel schwerer wieder für die Organisation gewonnen werden müssen, wenn ihnen nicht gleich am Anfang die gewerkschaftlichen Grundzüge so eingehämmert wurden, daß sie auch dann dem Verbands treu bleiben, wenn ihre Hoffnungen auf eine radikale Verbesserung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses auf eine etwas härtere Geduldsprobe gestellt wird.

Unsere jungen Mitglieder kennen ja die Schwierigkeiten nicht, die in unserer ganzen organisierten Entwicklung überwunden werden mußten und zum Teil haben es selbst die älteren Kollegen schon vergessen, wenn sie nicht im Vordertreffen der Bewegung standen. Und da ist es doppelt notwendig, in den neu gewonnenen Mitgliedschaften Aufklärung zu schaffen und sie zur zähen Beharrlichkeit in der Organisation zu erziehen und das Pflichtgefühl des einzelnen zu stärken. Nur wenn jeder einzelne Kollege nicht bloß für den Augenblick, sondern dauernd für die Organisation gewonnen wird, dann ist in allen Orten, wo die Verhältnisse ähnlich wie in Gungenhausen liegen, möglich, Schritt für Schritt die Lohn- und Arbeitsbedingungen so zu gestalten, wie sie in vorgeschrittenen Orten bereits bestehen. Wer beharrlich dem Ziele zustrebt, wird dieses auch erreichen und gerade am Orte selbst haben ja die Erfolge in den beiden Maßfabriken bei Sidam u. Fuß den Beweis geliefert, was Einigkeit und Ausdauer unter den Kollegen vermag.

† Kaiserlautern. Ein neuer Konflikt ergab sich in der Brauerei Marhoffer dadurch, daß der Kollege B. entlassen wurde. Die Direktion der Marhofferbrauerei begründete die Entlassung B. mit nachfolgendem Schreiben, das sie an B. richtete:

Kaiserlautern, den 29. September 1911.
Entlassungsbegründung für H. B.
Die Gründe Ihrer Entlassung sind folgende:
Die schon seit Wochen dauernden Treibereien gegen die Brauerei, derselben noch mehr Schaden zuzufügen, als dies schon durch die Ueberlichkeit einzelner unserer Leute am Dampfkegel geschehen ist, trotzdem Sie wissen, daß die ganze Angelegenheit nur auf die Beschädigung des Dampfkegels, welche eine unübersehbare Katastrophe hätte zur Folge haben können, zurückzuführen ist. Obgleich Sie ferner wußten, daß M. sich verheiratet hat, waren, wie ich von M. erfahren habe, Sie die Veranlassung gewesen, daß derselbe bei dem Verbandschutz suchte. Statt daß Sie nun auflärend und rückhaltend für das Geschäft eintreten, bewirkten Sie das Gegenteil. Dies wollten Sie mir jedenfalls nochmals dadurch beweisen, daß Ihr Verein, von dem Sie Vorstand sind, keine angemeldete Festlichkeit im Turnerheim abgabte mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß die Abgabe wegen der Differenzen mit der Brauerei Marhoffer erfolge. Wenn Sie nun auch Ihre Absage Herrn L. gegenüber wieder zurückgenommen haben, da er Ihnen mit Klage drohte, so ist es mir nach diesen Vorgängen nicht möglich, Sie noch länger im Geschäft zu behalten.

E. Marhoffer, Braumeister.
Es wird niemanden schwer fallen, aus obigem Schreiben zu ersehen, daß B. das Opfer des durch das ablehnende Verhalten der Brauerei Marhoffer im Falle M. entstandenen Konfliktes ist. Aus diesem Begründungsschreiben geht klar hervor, daß man eine Sache auf eine Person abzumähen sucht. Wir halten daher auch nach Veröffentlichung des angeführten Begründungsschreibens jede Rechtfertigung für überflüssig, weil man, abgesehen von dem Inhalt des Schreibens selbst, sobald zwischen den Zeilen lesen kann, um zu erkennen, auf was es der Betriebsleitung der Marhoffer Brauerei bei der Entlassung B. ankam.

Zur Gegenjah zum Falle M. hat sich die Direktion der Marhoffer Brauerei diesmal zur Verhandlung herbeigelassen. Es wäre nur wünschenswert, daß sie noch einen Schritt weitergegangen wäre und statt alle vom Gau-leiter des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes gemachten Vermittlungsversuche abzulehnen, sich mit der Organisationsleitung geeinigt hätte. Dies wäre der Betriebsleitung der Marhoffer-Brauerei besonders leicht möglich gewesen, wenn sie berücksichtigt hätte, daß ein gut Teil der wider B. erhobenen Anschuldigungen auf Ohrenbläserei und Schmarotzerei eines Teils seiner Nebenarbeiter zurückzuführen ist.

So ist die Marhoffer-Brauerei wohl den Vorständen der Zahlstelle des Verbandes losgeworden, ihr Verhalten im Falle B. den Arbeitervertretern gegenüber haben die Herren Marhoffer aber durch die Maßregelung des B.

sicher nicht gut gemacht. Statt einzutreten hat die Marhoffer-Brauerei von neuem provoziert. Die Herren Marhoffer werden sich daher nicht wundern brauchen, wenn der Geschnack an ihrem Bier in Arbeiterkreisen immer mehr verloren geht.

† Landshut. Ein besonderer Fall wurde heuer im Sommer bei einer Schiedsgerichtssitzung zwischen den Brauereibesitzern und Brauereiarbeitern behandelt. Es handelte sich um Ausstellen von Arbeitern. In dem Tarifvertrag steht im § 7, daß bei Arbeiterausstellung dieselben der Reihenfolge nach ausgestellt werden, vom zuletzt eingestellten angefangen. In der Brauerei Wittmann, Nachdorf-Landshut, hat schon seit Jahren ein Arbeiter B. jeden Sommer ausgesetzt, obwohl immer jüngere Kollegen in diesem Betrieb vorhanden waren, die von Rechts wegen hätten aussetzen müssen. Man hat nun heuer B. wieder aussetzen lassen, obwohl andere nach ihm eingestellt worden sind. Die Herren Besitzer mit ihrem Syndikus Dr. Härtl begründeten diesen Fall damit, weil B. noch jedes Jahr ausgesetzt hat, so trifft es ihn auch heuer. Obwohl die Arbeiterkommission dagegen Einspruch erhob und begründend nachgewiesen hat, daß B. in den früheren Jahren nur deshalb ausgesetzt hat, damit für ihn ein anderer dableiben kann (was auch geschah) und es doch selbstverständlich ist, daß B. nicht zu den zuletzt eingestellten gerechnet werden kann, da B. auch in der höchsten Tariflohnstufe steht. B. ist verheiratet und derjenige, welcher für ihn dableiben konnte, ist ledig und da begründeten die Herren diese Sache damit, daß es dem Arbeitgeber unbenommen bleibt, Ausnahmen zu machen, wenn ihm solche mit Rücksicht auf die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des hiervon Betroffenen geboten erscheinen lassen. Wenn man danach handeln wollte, dann mußte B. dableiben, selbst wenn er wirklich der letzteingestellte war, weil er verheiratet und Familienvater ist und der andere, der ledig ist, hätte aussetzen müssen. So aber ist B. sowieso im Recht und die Brauerei hätte seine wegen keine Ausnahme machen brauchen, wenn er da blieb. Aber so die Vernunft auf den Kopf stellen, bekommt man wohl nur in Landshut und unter Mitwirkung des Herrn Dr. Härtl fertig. Dieses Vorkommnis dürfte sich nächstes Jahr nicht wiederholen, denn die Arbeiterschaft läßt sich eines Dr. Härtl wegen nicht alles gefallen.

† Langenberg. Tarifvertrag. Mit der hiesigen Brauerei früher Panis wurde ein neuer Vertrag vereinbart. Hierdurch treten für die in diesem Betrieb tätigen Kollegen die folgenden Verbesserungen ein. Die Arbeitszeit im inneren Betrieb wird um eine halbe Stunde pro Tag verkürzt. Für das Fahrpersonal wird zwischen den Landstouren eine bestimmte Mindestruhe eingeführt. Die Löhne erhöhen sich um 2 und 3 Mk. pro Woche. Die Bezahlung der Sonntagsarbeit erfährt eine Erhöhung um 10 Pf. pro Stunde. Auch die Sonntagsarbeit des Fahrpersonals, ausgenommen die Pferdepflege, wird extra bezahlt. In bezug auf die Vergütung der Differenz bei Krankheitsfällen tritt infolgedessen eine Verbesserung ein, indem jetzt vom ersten Krankheitsstag dieselbe gezahlt wird. Der ohne Lohnabzug zu gewährende Erholungsurlaub wurde verlängert. Ueberlandtouren, sofern dieselben länger wie 6 Stunden dauern, werden mit 75 Pf. entschädigt.

† Worms. Mißstände in der Elefantebrauerei. Schon wiederholt war die Organisationsleitung gezwungen, wegen Mißständen aller Art bei der Direktion der Elefantebrauerei vorzusprechen. Ebenfalls oft traten die Wiederholungen ein, und es ergaben sich neue Uebergriffe gegenüber den Arbeitern, so daß wir gezwungen sind, einmal an dieser Stelle mit der Direktion der Elefantebrauerei ein offenes Wort zu reden.

Das besondere Schmerzenskind ist das Flaschenbiergeschäft. Nach dem geltenden Tarifvertrag erhalten Hilfsarbeiter inklusive Biergeld 26 Mk. pro Woche, steigend mit dem Dienstalter bis 29 Mk. pro Woche. Die jugendlichen Hilfsarbeiter von 14 bis 16 Jahren 15 Mk., von 16 bis 18 Jahren 16 Mk. wöchentlich, mit Freibierablösung. Trotzdem die Organisationsleitung, im Einverständnis der Arbeiter, mit der Direktion der Elefantebrauerei die besondere Vereinbarung getroffen hat, um den laufenden Differenzen vorzubeugen, daß die Flaschenbierarbeiter vom 18. bis 20. Lebensjahre 20 Mk. wöchentlich, während der Geltungsdauer des jetzigen Tarifvertrages, erhalten sollen, steht die Direktion systematisch auf dem Standpunkt, daß, wenn ein Flaschenbierarbeiter 18 Jahre alt geworden ist, sie ihn (allerdings des höheren Lohnes wegen) nicht mehr zu beschäftigen brauche. Abgesehen davon, daß ein Arbeiter von 18 bis 20 Jahren bei der teuren Lebenshaltung der letzten Jahre 20 Mk. Lohn zu seinem notwendigen Unterhalt bedurfte (bei den derzeitigen Steuerungen reicht dieser Lohn bei weitem nicht mehr aus), hätte die Direktion der Elefantebrauerei auch aus anderen Gründen alle Ursache, dieses System aufzugeben. Denn der Geschäftsgang erfordert während der Sommermonate die Einführung der Doppelschicht, und zu anderen Zeiten herrscht im Flaschenbierbetrieb ein Ueberstundenwesen, wie es nicht bald wieder anzutreffen sein wird. 30 Ueberstunden und darüber für diese jugendlichen Arbeiter in einer Woche ist keine Seltenheit. Wie oben schon erwähnt, ist im Tarifvertrag auch ein Lohnfuß für jugendliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren vereinbart. Von dieser Möglichkeit, so junge und billige Arbeiter zu beschäftigen, hat nun zwar die Direktion der Elefantebrauerei in letzter Zeit Abstand genommen, weil sie sich sagen lassen mußte, daß sie bei dem Umfang der erforderlichen Ueberarbeit und der benötigten Nachschicht mit den Arbeiterführern kollidieren würde. Wenn nun auch der jugendliche Arbeiter vom 16. Lebensjahre keinen gesetzlichen Schutz mehr genießt, so ist es für die Geschäftspolitik und die soziale Einsicht einer Brauereileitung doch bezeichnend, wenn sie mit Vorliebe so junge Leute beschäftigt, dafür aber diejenigen, die 18 Jahre alt werden, aufs Pflaster setzt oder dafür sorgt, daß die Arbeiter von selbst gehen. Dies, obwohl es der Geschäftsgang bedingte (durch Doppelschicht und Ueberarbeit), sich einen leistungsfähigen Stamm von Flaschenbierarbeitern heranzuziehen. Diese jugendlichen Arbeiter von 16 Jahren sind, abgesehen vom Nachdienst, Arbeitszeiten von morgens 4 bis abends 9 Uhr ausgesetzt; also abzüglich der Pausen 13 bis 15 Stunden reine Arbeitszeit.

Ein anderes Uebel besteht in dem in der Elefanteneraurei beliebigen Straffahren. In der Ausübung des Strafrechts erwacht sich besonders der Herr Braumeister als „weißer Richter“ alle G're. Dieser Herr glaubt anscheinend die geborene Gerechtigkeit zu sein, denn er übt russische Justiz, er spart sich die Mühe einer Untersuchung und verurteilt einfach in Bausch und Bogen. So kam es kürzlich vor, daß in einer Bierflasche ein Gummiopfen von einer Flaschenpülmaschine gefunden wurde. Dieses „Verbrechen“ mußten alle acht im Flaschenkeller beschäftigten jungen Leute pro Person mit einer Mark Strafe büßen. Eine Nachforschung, wer der „Uebelthäter“ ist, über wie es möglich ist, daß solche Verbrechen vorkommen, hielt der Herr Braumeister nicht für nötig. Strafe muß eben sein. Und durch eine Untersuchung des Falles hätte es sich auch sehr leicht ergeben, daß nicht ein einziger der Arbeiter, viel weniger alle an dem Vorkommnis die Schuld haben, sondern die Betriebsleitung, da die Beleuchtung im Flaschenbierbetrieb eine sehr mangelhafte sein soll, daß den Arbeitern bei derartigen Vorfällen keine Schuld beigemessen werden kann. Obwohl uns noch vieles der Kritik wert erscheint, wollen wir uns für heute mit dem Angeführten begnügen in der Hoffnung, daß diese Zeilen dazu beitragen werden, die bestehenden Mängel in der Elefanteneraurei woraus zu beseitigen und daß das den Arbeitern widerfahrne Unrecht wieder gut gemacht wird.

Malzfabriken.

† **Gunzenhausen. Tarifvertrag.** Mit der Malzfabrik Guß (Inhaber Herr Adolf Erlanger) ist ein dreijähriger Tarif abgeschlossen worden. Die tägliche Arbeitszeit wurde um eine halbe Stunde verkürzt und allen Kollegen eine wöchentliche Lohnzulage von 3 Mk. gewährt. Die Lohnsätze steigen nach einem Jahr um eine weitere Mark und nach weiteren zwei Jahren wieder um 1 Mk. Die Bezahlung der Ueberstunden wurde eingeführt, ebenso wird Entschädigung bei Krankheitsfällen gewährt dadurch, daß auf die Dauer von 14 Tagen die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld bezahlt wird. In der Ein- und Ausstellung wird nach dem Dienstalter verfahren. Maßregelungen wegen Verbandsangehörigkeit finden nicht statt. Dieser Tarif bedeutet für die örtlichen Verhältnisse einen schönen Erfolg. Die Kollegen werden durch festen Zusammenhalt das Errungene hochzuhalten wissen und durch Einigkeit den Grund zu weiteren Erfolgen legen.

† **Karlruhe. Tarifvertrag.** Die Lohnbewegung in der Mälzerei R. G. Wimpfheimer konnte mit einem guten Erfolg für sämtliche Beschäftigte abgeschlossen werden. Dies ist um so bemerkenswerter, als der alte Tarifvertrag für Mälzer und Heizer noch in Kraft war. Nachdem aber die Firma sich bereit erklärte, für sämtliche Arbeiter eine Neuregelung vornehmen zu wollen, traten auch die Mälzer in die Lohnbewegung mit ein. Allerdings, als die Firma sah, daß bei dieser Neuregelung gründliche Arbeit gemacht werden sollte, zog sie die gemachte Zusage wieder zurück und wollte nur für die Hilfsarbeiter einen neuen Tarif abschließen. Der Wagen war aber ins Rollen gekommen und nicht mehr aufzuhalten. Der Kampf drehte sich hauptsächlich um die Bezahlung der Sonntagsarbeit. Dieser Prinzipienfrage konnte die Firma auch bei einer Tarifvereinbarung für die Hilfsarbeiter nicht ausweichen. So kam es dann doch zu einer Verständigung. Der Wochenlohn für Mälzer, Darzfragen und Heizer wird um 1,50 Mk. erhöht. Dazu wird die Sonntagsarbeit mit 60 Pf. pro Stunde bezahlt, so daß die durchschnittliche Lohnerhöhung wohl 3-4 Mk. pro Woche beträgt. Der Lohn der Hilfsarbeiter wurde von 3,20 auf 3,70 Mk. pro Tag erhöht, und erhalten dieselben nach einem Jahr einen Anfangswochenlohn von 23,50 Mk., steigend bis 25,50 Mk. Werden sie auf den Fenmen verwendet, erhalten sie nach drei Monaten den Mälzerlohn. Der jährliche Erholungsurlaub wird auf vier Tage erhöht und die Arbeitszeit im Sommer auf 9 1/2 Stunden festgesetzt. Der Tarif wurde auf drei Jahre vereinbart.

Nachdem der Wochenlohn bei Wimpfheimer nur mehr für 6 Tage gerechnet wird, stehen die anderen badischen Mälzereien hier weit zurück. Die dort beschäftigten Mälzereiarbeiter werden aber vergeblich auf die Regelung der Sonntagsarbeit warten, wenn sie sich nicht entschließen, dem Verband beizutreten. Also: Hinein in die Organisation!

† **Mannheim. Tarifvertrag.** Der im Jahre 1907 mit der Malzfabrik Gieser u. Oberheimer abgeschlossene Tarifvertrag wurde um weitere 3 Jahre verlängert. Die genannte Firma zahlt jetzt die höchsten Lohnsätze aller Mälzereien der dortigen Gegend. Neu erzielt wurde die Ertragszahlung der Sonntagsarbeit mit 60 Pf. pro Stunde. Die Sonntagsarbeit wird mit einem Sechstel des Wochenlohnes vergütet. Diejenigen Arbeiter, welche während der Sommermonate kein Freibier erhielten, erhalten als Entschädigung hierfür 2 Mk. pro Woche. Neueingeführt wurde der Erholungsurlaub, welcher nach einjähriger Tätigkeit 6 Tage beträgt und wofür ein Lohnabzug nicht gemacht wird.

Die Lohnbewegung mit den übrigen Malzfabriken ist noch nicht erledigt. Ob auch diese zugunsten der Kollegen enden soll, wird an letzteren selbst liegen.

† **Worms. Tarifvertrag.** Mit der Malzfabrik Girsler wurde ein neuer Tarifvertrag auf zwei Jahre vereinbart. Die Arbeitszeit wird um 1/2 Stunde pro Tag verkürzt, die Lohnsätze um 1 Mk. pro Woche erhöht. Erhöht werden auch die Ueberstundensätze um 10 Pf. pro Stunde. Die Ertragszahlung der Sonntagsarbeit mit 60 Pf. pro Stunde wird neu eingeführt. Die siebente Schicht wird mit einem Sechstel des Wochenlohnes entschädigt.

Bierniederlagen, Seltersfabriken.

† **Bielefeld.** Die Lohnbewegungen im Generalbierdepot A. Lill und dem Bierdepot Frick Kemle sind beendet. Die Lohnerhöhung beträgt im Durchschnitt 3 Mk. pro Woche. Die Du-jour wird jetzt mit 3 Mk. statt früher mit 1,50 Mk. bezahlt. Urlaub bis zu einer Woche ohne Lohnabzug wird je nach der Dauer der Beschäftigung gewährt. Im Krankheitsfalle wird die ersten 14 Tage die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld bezahlt. Bei militärischen Uebungen bis zu 14 Tagen der

volle Lohn. Im Betriebe von Kemle wurde gleichzeitig die Arbeitszeit um 1 Stunde pro Tag verkürzt. In dem Betriebe von Lill ist die Arbeitszeit nicht direkt verkürzt worden, doch wurde uns zugesichert, daß die Firma ihr möglichstes tun wolle, die Arbeitszeit zu reduzieren. Zu einem Tarifabschluß kam es nicht, doch wird die Organisation als Vertreterin der Interessen der Arbeiter anerkannt. Hier ist wiederum der Beweis erbracht, daß, sobald die Arbeiter einig sind und sich ihrer Organisation anschließen, sie auch in der Lage sind, ihre Arbeitsverhältnisse zu bessern. Um aber das Erreichte zu erhalten und Schäden und Mängel, die sich mit der Zeit herausbilden, abzustellen, gilt es, die Organisation zu stärken. Diejenigen, die heute noch der Organisation indifferenter gegenüberstehen, müssen aufgeklärt und gewonnen werden. Aber auch die Versammlungen müssen besucht werden, um dort neue Anregungen zu empfangen, mit dem Beitragszahlen allein ist es nicht getan.

Herr Lechtermann will sich mit seinem Bierfahrer einigen und ebenfalls den Lohn entsprechend erhöhen. Der Vertreter des Pippstädter Bierdepots, Herr Werk, hat es nicht für nötig gehalten, auf das Anschreiben der Verwaltung zu antworten; mittlerweile haben die organisierten Arbeiter bei ihm aufgehört, weil die Verhältnisse zu rosig sind. Wir werden uns zu gegebener Zeit noch näher mit diesem Betrieb beschäftigen. Vielleicht gelingt es uns auch noch, Herrn Werk zu bewegen, ein anderes Mal auf unser Schreiben zu antworten.

Mühlen.

† **Berlin.** Am 8. Oktober fand eine Versammlung der Mühlenarbeiter statt zwecks Berichterstattung über den Stand der Lohnbewegung. Nachdem die Unternehmer die Verhandlungen mit der Organisation abgelehnt hatten, wurde in der Versammlung vom 24. September beschlossen, daß die Arbeiter der einzelnen Mühlen durch gewählte Kommissionen mit den Mühlenbesitzern verhandeln sollten, und zwar an der Hand der Forderungen, wie sie in dem Entwurf des Tarifvertrages aufgestellt worden sind. Das ist geschehen, aber das Ergebnis der Verhandlungen ist, wie Kollege Schuldt feststellte, ein recht mageres. Die Mühlenbesitzer, die die Organisation der Arbeiter nicht anerkennen wollen, kamen in ihrer Organisation zusammen, um sich über die Bewilligungen, die etwa zu machen wären, zu einigen. Ganz winzig waren die Zugeständnisse: man wollte den Arbeitern 20 Pf., 15 Pf. und einmal sogar nur 5 Pf. pro Tagelohn zulegen. Das bedeutet bei der üblichen zehnstündigen Arbeitszeit eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Pf., 1 1/2 Pf. und 1/2 Pf. Daß die Unternehmer es wagen durften, mit solcher Angeboten die Forderungen der Arbeiter zu beantworten, entspricht ganz den Organisationsverhältnissen, wie Schuld hervorhob. Solange noch zahlreiche Mühlenarbeiter absichts stehen und zögern, sich dem Verbands anzuschließen, brauchen die Unternehmer die Organisation nicht zu fürchten. Auch die geforderte Anerkennung des Arbeitsnachweises des Verbandes wird erst in späteren Kämpfen gewonnen werden. Der Widerstand gegen diese Forderung war allgemein; davon wollte man durchaus nichts wissen.

Mit zwei Mühlen, der Bertheim- und der Salomonmühle, macht die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine ihre Geschäfte. Die Verbandsleitung hat nun versucht, mit Hilfe der Großeinkaufsgesellschaft einen Druck auf diese Mühlenbesitzer zugunsten der Arbeiter auszuüben. Das ist nicht in der gewünschten Weise gelungen; die Besitzer gaben ausweichende Antworten und versicherten, sie würden mit ihren Arbeitern schon fertig werden. Ueber die Verhältnisse in der Salomonmühle herrscht viel Unklarheit; dort versteht man es, die Arbeiter durch verschiedene Lohnsätze uneinig zu machen und sie der Organisation fernzuhalten; von den 80 Arbeitern dieser Mühle waren nur sehr wenige in der Versammlung anwesend. Von diesen behauptete einer, daß die sanitären Verhältnisse der Mühle sehr viel zu wünschen übriglassen, worauf die Großeinkaufsgesellschaft ihr Augenmerk richten mußte.

Die Wortführer der Kommission in den einzelnen Mühlen berichteten über die stattgefundenen Verhandlungen und erklärten, daß die Arbeiter die gemachten Zugeständnisse als sehr ungenügend betrachten und daß sie sich damit nur vorläufig zufrieden geben könnten. — Nach längerer Diskussion beschloß die Versammlung, die gegenwärtige Lohnbewegung abzubrechen und der Verbandsleitung Anheimszusetzen, zu gegebener Zeit und unter günstigeren Umständen mit den alten Forderungen wieder herbeizutreten. Unterdessen soll es die erste Pflicht aller Mitglieder sein, die unorganisierten Kollegen für den Verband zu gewinnen.

† **Großtorf bei Regau. Streik.** Wie schon kurz mitgeteilt wurde, befinden sich die Mühlenarbeiter der Firma Diez seit Dienstag, den 3. Oktober, im Streik. Die Mehlmüller haben es natürlich für notwendig gehalten, Herrn Diez in seiner bedrängten Lage nicht im Stich zu lassen. Nun fängt man auch von seiten der Firma an, die öffentliche Meinung irrezuführen, indem man der Pundtschaft versichert, die Firma wolle dem Personal entgegenkommen. Herr Diez hätte diesen Kampf recht gut vermeiden können, aber der Herr-im-Hause-Standpunkt behielt bei der Vermittelung von seiten des Bezirksleiters die Oberhand. Daß Herr Diez aber mehr geben kann, beweist, daß er vor ein bis zwei Jahren höhere Löhne bezahlt hat, indem er Schichtlohn von 4 Mk. bis 4,20 Mk. pro 12 Stunden vergütete. Jetzt erklärt aber Herr Diez, 4 Mk. pro Schicht nicht zahlen zu können, und ist dieserhalb der Kampf unvermeidlich gewesen. Von seiten der Bezirksleitung ist alles versucht worden, eine Verständigung herbeizuführen; natürlich ist dieses an dem ablehnenden Standpunkt des Herrn Diez gescheitert. Die Mühlenarbeiter werden diesen Kampf durchführen, bis sich Herr Diez zu der Ueberzeugung durchgerungen hat, daß es wohl besser ist, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zu regeln.

† **Niederlahnstein. Tarifvertrag.** Nach 4 stattgefundenen Verhandlungen zwischen dem Kollegen Kummel und der Direktion der Söbnerger Mühle kam ein auf zwei Jahre gültiger Tarifvertrag zustande. Durch diesen Vertragsabschluß erhöhen sich die Lohnsätze um 1,50 Mk. bis

3 Mk. pro Woche, desgleichen die Sätze für geleistete Ueber- und Sonntagsarbeit um 10 bis 15 bzw. um 20 bis 30 Pf. pro Stunde. Die Arbeitszeit erfährt eine Verkleinerung um eine Stunde pro Tag. Je nach dem Dienstalter werden alljährlich 2 bis 6 Arbeitstage Erholungsurlaub unter Fortzahlung des Lohnes gewährt. Bei militärischen Uebungen wird 14 Tage lang der halbe Lohn bzw. die Differenz zwischen Lohn und der Familienunterstützung, bei Krankheitsfällen für die gleiche Zeitdauer die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld fortgezahlt. Außerdem wird beim Verladen ins Schiff bzw. Kahn pro Saek noch 1/4 Pf. bezahlt. An den Vorabenden der hohen Festtage wird eine Stunde früher wie sonst Feierabend gemacht, ohne daß dadurch eine Lohneinbuße eintritt.

Dieser Vertrag konnten die in diesem Betrieb beschäftigten Kollegen schon seit Jahren haben, wenn sie beim feinerzeitigen Streik im entscheidenden Moment den Anordnungen der Organisation gefolgt wären.

† **Wigenhausen.** Ein ganz eigenartiger Arbeitgeber ist der Mühlenbesitzer Nitz. Schon bei Beginn der Lohnbewegung kam das so recht zum Ausdruck. Herr Nitz meinte so naiv: „Wenn die Organisation ihm Garantie dafür bietet, daß er in Zukunft seine Produkte teurer absetzen könnte, dann wolle er den Tarif unterschreiben.“ Doch das war keine Naivität, sondern mehr Hohn und Ironie. Jetzt kommt natürlich noch ein anderes Moment hinzu, das von diesem besonders absteht. Das ist die Angst vor dem eigenen „Nutz“. Was wir allerdings immer vermuteten. Deshalb war auch Herr Nitz den Einigungsverhandlungen wenig geneigt. Am 28. September d. J. versuchten abermals Vertreter des Verbandes, eine Einigung zu erzielen. Die gemachten Vorschläge auf sofortige Einstellung von drei bis vier Arbeitern, die übrigen nach Bedarf, sowie 1 Mk. Lohnzulage pro Woche und Einführung des zehnstündigen Arbeitstages konnte Herr Nitz auch nicht akzeptieren. Hierbei entschloß er sich die Bemerkung, daß er nichts schriftlich gäbe der Organisation gegenüber, denn dann würde dieselbe in der Öffentlichkeit nur prahlen, daß sie ihn „untergekrigt“ habe. Herr Nitz betonte auch, daß er die Einigung auf der Grundlage, wie sie die Organisation verlangt, schon vor vier Wochen mit seinen Arbeitern gewollt habe. Die Arbeiter haben überhaupt alle schuld, daß der Kampf da ist, nur Herr Nitz ist das unschuldige Lämmlein.

Mit dieser unwahren Behauptung arbeiten auch die Reisenden des Herrn Nitz, die bestrebt sind, den Boykott illusorisch zu machen. Immer wieder geht es gegen den bösen Verband und die schlimmen Arbeiter. Was für ein Engel ist dagegen Herr Nitz! Ihn hätten die Arbeiter bloß gezwungen, ihnen zu kündigen; er hat also aus „Notwehr“ gehandelt. Wir haben schon darauf hingewiesen, wie Herr Nitz „gezwungen“ wurde. Sein bekanntes Diktat, daß drei Arbeiter 50 Pf. und vier Arbeiter 1 Mk. pro Woche Zulage erhalten, die übrigen aber leer ausgehen sollten, weil sie ja in „fetten Pfünden“ leben mit ihren 18-22 Mk. Wochenlohn, war darauf berechnet, daß die Arbeiter Nein sagen sollten. Daraufhin war Herr Nitz dann „gezwungen“, den Leuten zu kündigen. Nach ihm ist jetzt auch der Streik erledigt, überhaupt alles. Es seien, so läßt er ausposaunen, nur noch drei Arbeiter da, die keine Arbeit hätten, aber die wollten nicht arbeiten, die hätten es schon ganz „berlernt“. Fest steht hingegen, daß heute noch acht Streikende vorhanden sind.

Den Streikbrechern kann Herr Nitz die Verhältnisse gewähren, welche die alten Leute gefordert haben, aber nur aus Haß gegen die Organisation will man sich nicht verständigen. Nach Herrn Nitz geht das Geschäft jetzt besser, trotz des Boykotts. Wir gratulieren zu diesem guten Geschäft! Bei vollem Betrieb im Herbst und Winter wurden sonst 18 Mann beschäftigt, jetzt, wo Herr Nitz für den Ausfall durch den Boykott „Ersatz“ schaffen muß, benötigt er 30 Mann. Jedenfalls ein feines Geschäft! Unsere Aufgabe wird es sein, immer weiter zu bestreuen, bis sich die Mühle des Herrn Nitz zum Großbetriebe „emporgeschwungen“ hat. Solange keine Einigung auf annehmbarer Grundlage erzielt ist, werden wir stets für das „Blühen“ und „Gedeihen“ des Nitzschen Betriebes auf dieser Grundlage Sorge tragen.

Korrespondenzen.

† **Aubernach.** In der Kartellung am 5. Oktober stattete die anlässlich des jetzt aufgehobenen Plangesehen Mehlobkotts gewählte Kommission Bericht über ihre Kontrolle der hiesigen Händler und Bäcker. Während die meisten der Kolonialwarenhändler und Bäcker den Kommissionsmitgliedern freundlich entgegenkamen, konnten es einige nicht unterlassen, ihrer Arbeiterfreundlichkeit in besonders drastischer Weise Ausdruck zu geben. So unter anderem der Bäcker und Wirt Theobald Scherzag, der bei der letzten Stadtratwahl den Arbeitern als besonders arbeiterfreundlicher Kandidat empfohlen wurde. Er schimpfte über die Unzufriedenheit der Arbeiter. Früher hätten die Arbeiter bei einem Tagesverdienst von 1 Mk. Geld gespart, heute kämen sie mit einem Verdienst von 5 Mk. zu nichts. Auch der Kolonialwarenhändler Jakob van der Bee war der Meinung, daß die Arbeiter zu viel verdienten, sie müßten noch hungern, dann würden sie auch wieder arbeiten. Zu einer direkten Beschimpfung der organisierten Arbeiter verließ sich aber der Müllermeister Mohr, indem er, von der Kommission um seine Meinung befragt, antwortete: „Meine Meinung will ich Euch sagen, Ihr Faulenzer, arbeitet wie ich, bis daß Ihr nicht mehr könnt, dann habt Ihr nicht nötig zu boykottieren.“ Sprach's und ging von dannen. — Die Arbeiter Aubernachs als Konsumenten von Lebensmitteln werden sich für die Zukunft die besondere Art von Arbeiterfreundlichkeit dieser Herren merken und bei passender Gelegenheit darüber quittieren.

† **Diesdorf (Luzemburg).** Am 8. Oktober fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende Kollege Jander sprach über: „Die teureren Lebensmittelpreise und ihre Ursachen“. Den Lebensmittelpreisen gegenüber stellte er die Löhne, die durch die Preissteigerung immer unzulänglicher werden. Zu der Protokollversammlung am 19. November soll jeder Kollege erscheinen. Ferner schloß Jander das Versicherungswesen in Luzemburg und die Orts-

Krankenkasse in Dietrich, und legte den Kollegen verschiedene Punkte klar. Die Zersplitterung der Arbeiter in verschiedenen freigewerkschaftlichen Organisationen bedauerte er. Jeder Arbeiter soll sich dem Verband anschließen, welcher seinen Beruf vertritt, dadurch werden bei Lohnunterschieden und Vorstelligkeiten von Seiten der Gewerkschaftsführer viel Unkosten erspart. Außerdem schaden die Grenzleitigkeiten der Gewerkschaftsbewegung. Auch hier in Luxemburg wurde ein Verband gegründet für Handel und Transport mit Filiale Domeldingen, welche Farbe er annehmen will, weiß er noch nicht. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, treu zu ihrer Organisation zu halten und derselben immer neue Mitglieder zuzuführen. Kein Kollege soll sich vom Verband abschneiden lassen durch den Unternehmer. So gut wie dieser sich organisiert, muß es auch der Arbeiter tun und sich das Recht dazu nehmen. Zur Gewerkschaftskonferenz am 19. November wurden die Kollegen J. Wagner, Dietrich und Sattelmeyer-Luzemburg gewählt.

Rehse. Auf der hiesigen Aktienbrauerei hat mit dem 1. Oktober ein neuer Direktor namens L. Ludwig das Regime übernommen. Können wir von dem alten Direktor, Herrn Loschand, berichten, daß es sich gut mit ihm über Angelegenheiten der Arbeiter reden ließ, so scheint der neue, aus Delitzsch in Sachsen nach hier übergesiedelte Herr, es gleich zu Anfang seiner Tätigkeit als seine Hauptaufgabe anzusehen, den Wünschen der über ihm stehenden nachkommen zu müssen. Sein erstes Werk, das er bereits am 1. Oktober schuf, war, daß er dem Obmann, Kollegen Schöder, seinen Entlassungsschein in die Wohnung schickte mit der Angabe, der Grund der Entlassung sei Arbeitsmangel. Wie die dort beschäftigten Arbeiter erklären, kann von einem Arbeitsmangel im Betriebe der Aktienbrauerei nicht die geringste Rede sein. Sie betrachten die Entlassung als Maßregelung und haben beschloffen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu versuchen, die Kündigung wieder rückgängig zu machen. Als sie deshalb beim Direktor vorstellig wurden, hat er sie kurzerhand abgewiesen. Er, der Herr Direktor nämlich, sei jetzt „Herr des Hauses“, und er müsse deshalb auch wohl wissen, ob Arbeitsmangel vorliege. Wie der „Arbeitsmangel“ aber aussieht, wollen wir gleich an einigen Beispielen erklären. Da wird erstens der Heizer, dessen Obliegenheit es doch ist und wie es die Vorschrift für Kesselwärter vorschreibt, den Kessel zu bewachen und denselben nicht zu verlassen, zu allerhand Arbeiten als Eiszieher usw. mit herangezogen. Er wird also gezwungen, geschwindig zu handeln. Auch scheint man gar nicht darüber orientiert zu sein, welche schreckliche Folgen es haben kann, wenn in einem unbewachten Augenblick sich etwa ein Unberufener am Kessel zu schaffen machen würde. Der Kesselwärter, der in solchen Fällen allein die Verantwortung trägt, müßte einfach auf Grund der Vorschriften andere ihm zugemutete Arbeiten verweigern. Jedenfalls wäre es gut für die in Frage kommende behördliche Instanz, wenn sie sich einmal um obige Sache etwas kümmern möchte. Nun ein zweiter Fall über den angeblichen „Arbeitsmangel“. Es werden auch die Bierfahrer, sobald sie nur freie Zeit haben, die sie aber nach ihrer Meinung notwendig gebrauchen, um Pferde und Gesäuge zu reinigen, so schmutzig wie sie aus dem Stall kommen, beim Fassfüllen, Flaschenfüllen und -füllen usw. beschäftigt. Jedenfalls ist durch obige Fälle bewiesen, daß von dem angeblichen Arbeitsmangel keine Rede mehr sein kann, sondern daß, wie die Arbeiter in ihrer Versammlung ohne Ausnahme erklärt haben, die Arbeiter mitunter dermaßen mit Arbeit überhäuft werden, daß alles drunter und drüber geht. Man hat eben Schöder entlassen, weil er unbeliebt beim Herrn Direktor war.

Landshut. Das Schicksal eines Arbeitswilligen. Als im heurigen Sommer in der Münsterbrauerei in Altheim die Kollegen wegen Lohnunterschieden in den Streit getreten sind, suchte der Braumeister Schweiger aus allen Himmelsgegenenden Arbeitswillige und ließ auch einen verheirateten Mann S. von Furth bei Landshut kommen und versprach denselben eine dauernde Stellung. Der Mann mit 4 Kindern zog wohlgenut nach Altheim und trat seine Stelle an. Man versprach ihm wöchentlich 20 Mk. und sonstige Nebeneinnahmen. Anfangs ging es wohl gut, so lange der Braumeister noch keine weiteren Arbeiter konnte. Aber bald ging es anders, der Lohn von 20 Mk. wurde ihm nicht ausbezahlt, nur 18 Mk., auch die Nebeneinnahme blieben aus. Zu guter Letzt gab es Streik; der Braumeister drohte sogar noch mit dem Messer. Der Mann ließ sich solche Behandlung nicht gefallen und die Folge war die Entlassung. Nun wollte sich dieser Arbeitswillige an den Verband wenden. Derselbe soll für ihn einstehen. Eine Lehre für andere. Wir warnen jeden, nach Altheim zu gehen.

Leipzig. Die letzte Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit der durch die Anstellung des Kollegen Amborn als Geschäftsführer der Brauerei Burgshausen notwendig gewordenen Wiederbesetzung der Stelle eines Lokalbräuers. Ueber die Einzelverhandlungen mit den Mühlenbesitzern berichtet Kollege Wolf. Seien auch die Resultate nicht gerade überwältigend zu nennen, da zwischen den gestellten und bewilligten Forderungen eine nicht geringe Differenz bleibe, so müsse doch ein nicht unwesentlicher Fortschritt anerkannt werden. Zum erstenmal sei das Prinzip des Ferienurlaubs zum Durchbruch gekommen. Der Urlaub beträgt in den verschiedenen Betrieben zwischen drei bis sechs Tage. Ebenjowenig einheitslich seien die gewährten Lohnzuschüsse, die in einem Betriebe belaufen auf 90 Pf. in der Mehrzahl dagegen 1,50 bis 2,10 Mk. in einem Fall sogar 3 Mk. wöchentlich betragen. Arbeitszeitverkürzung erfolgte in zwei Betrieben um je sechs Stunden wöchentlich, während sich ein Betrieb nur zu einer Stunde wöchentlich verstehen will. Offen und ehrlich die Organisation anerkannt und einen Tarif auf moderner Grundlage abgeschlossen habe nur die Mühle Borsdorf. Unerledigt seien noch die Mühlen Dölsch, Knauthain, Knauthleberg, Künzchen, Altheim und Großschönau, die jedoch durchaus nicht hoffen dürfen, unbedeutet zu bleiben, um so weniger, da ihr bester Bundesgenosse, die große Trockenheit sie zu verlassen droht. Die Versammlung erklärte sich mit dem bisherigen Verlauf der Bewegung einverstanden und ersuchte die Zeitung, in derselben Weise weiterzuarbeiten.

Traunstein. Eine sehr gut besuchte Versammlung fand am Sonntag, den 8. Oktober, statt. Die Kollegen von Traunstein, Trostberg, vom Chiemsee, von Grabenstätt und Wiesmühl waren erschienen. Bezirksleiter Schrembs aus Regensburg hielt einen Vortrag über die Ziele und Wege der Organisation. Der Vortrag wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Mitgeteilt wurde, daß in Trostberg die Mühlenarbeiterbewegung vorläufig aufgeschoben ist und in nächster Zeit wieder aufgenommen wird.

Rundschau.

Aus der Brauindustrie.

Vierausfahrten an Sonntagen. Ein Brauereibesitzer im Großherzogtum Hessen hatte an einem Sonntage im Frühjahr zu einem Volksfeste, das in einem mehrere Stunden entfernten Dorfe stattfand, ein größeres Quantum Bier zu liefern. Er schickte am Sonntag früh um 17 Uhr zwei mit Bierfässern beladene und mit je 3 Pferden bespannte Bierwagen ab. Zwischen 9 und 10 Uhr, als es zur Kirche läutete, kamen die Wagen auf dem Wege durch eine preußische Ortschaft, und die beiden Kutscher machten dort Halt, um zu frühstücken und ihre Pferde zu füttern. Nun besteht für den Regierungsbezirk Kassel eine Regierungs-Polizeiverordnung, nach der allerdings der Transport von Lebens- und Genussmitteln in der Zeit von 7 Uhr früh bis 2 Uhr mittags gestattet ist, doch wird sie durch eine von der Ortspolizeibehörde für den Hauptgottesdienst festgesetzte zweistündige Pause unterbrochen. Diese Pause war durch die Ortsbehörde in dem betreffenden preußischen Dorfe auf 9-11 Uhr bestimmt, und der Brauereibesitzer wurde wegen Uebertretung der Regierungs-Polizeiverordnung in Strafe genommen und, als er den Antrag auf gerichtliche Entscheidung stellte, von Amtsgericht und Landgericht gleichfalls zur Zahlung der Geldstrafe verurteilt. Nach Ansicht des Gerichts handelte er fahrlässig, als er seine Gespanne erst am Sonntag früh auf den Weg nach dem mehrere Stunden entfernten Bestimmungsort schickte, ohne die Kutscher vorher genau anzuweisen, daß sie während der beiden für den Gottesdienst bestimmten Stunden, die er durch zuvorige Auskunft bei den Ortsvorstehern leicht hätte erfahren können, nicht mit den Bierwagen durch den Ort fahren durfte, sondern nötigenfalls bis zum Ablauf der zwei Stunden davor warten mußten. Er hätte sich bei Anwendung der von ihm zu erfordernden Aufmerksamkeit sagen müssen, daß die Wagen, welche am Sonntag früh abfuhr, gerade während des Hauptgottesdienstes eine der preußischen Ortschaften erreichen konnten; eventuell hätte er schon tags zuvor das Bier an den betreffenden Ort schicken müssen.

Aus der alkoholfreien Getränkeindustrie.

Alkoholfreie Getränkefabrikation. Unter Erdbeermost hatte der Chemiker Oppelt und ein Kaufmann gleichen Namens ein Getränk hergestellt, das zu hohen Preisen verkauft wurde. Da sie das Getränk mit Farbstoffen und Zitronensäure verjährt hatten, beschäftigte sich das Gericht damit. Interessante Ausführungen machte in der Verhandlung vor dem Chemiker Landgericht der chemische Sachverständige Direktor Behr vom chemischen Untersuchungsamt der Stadt Chemnitz über die Zusammenlegung des Erdbeermostes. Danach enthält eine Flasche für 10 Pf. Erdbeermost, für 3 Pf. Zucker, für 1 Pf. Farbstoff und Säure und 3 Pf. betragen die Herstellungskosten, macht insgesamt 17 Pf. Und dafür werden dem Publikum in alkoholfreien Schankwirtschaften bis zu 3 Mk. abgenommen. Der gewerbliche und der chemische Sachverständige bemerkten beide, daß das Publikum vor allem Wert auf Fruchtstoffe legt und offenbar durch das Aussehen des gefärbten Getränkes getäuscht werden sollte und getäuscht worden ist. Die Bezeichnung Erdbeermost sei vorab, daß nur reine Früchte bzw. deren Saft mit etwas Zucker, vermischt mit Wasser im Verhältnis eins zu eins, verarbeitet wurden. Hier aber handle es sich um ein über Gebühr gestrecktes Getränk, das sechs Teile Wasser neben einem Teil Saft, daneben aber unzulässigerweise Farbstoff und Zitronensäure enthalte; durch letztere Zusätze sollte der Geschmack gehoben und das Aussehen verbessert werden. Durch die Manipulationen sei das Getränk größtenteils verjährt und die Bestimmungen in § 10 Absatz 1 und 2 des Nahrungsmittelgesetzes verletzt worden. Von den Angeklagten wurde der eine zu 100 Mk., der andere zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde unter anderem gesagt, daß es sich um eine erhebliche Verjähmung handelte, um die Herstellung bedeutend zu verbilligen; das Publikum habe nicht erhalten, was ihm angeboten worden war, nämlich Most, ein Getränk aus reinem Fruchtstoff, sondern ein durch unzulässige Zusätze täuschendes, verwässertes Getränk.

Aus der Mühlenindustrie.

Einen lichten Augenblick hat nach langer Zeit wieder einmal die „Süddeutsche Müllerzeitung“. Sie schreibt, daß man die großkapitalistische Gefahr nirgends besser als in Amerika studieren könne. Dort habe sich das Großkapital zu Trusts zusammengeschlossen (bei uns in Deutschland auch, verehrte Lante!), die den Verbrauchern selbstherrlich und rücksichtslos die Preise diktierten, die allgemeine Lebenshaltung verteuerten und die Massen schamlos zugunsten einiger Milliarden ausplünderten. (Wie bei uns die Kohlen- und Eisenbarone, die Junker und andere, verehrte Lante!) Jetzt ginge die amerikanische Regierung gegen die großen Trusts vor und bekämpfe deren Auswüchse. (Ach nee, verehrte Lante, das tut sie nicht, sie tut bloß so. In Amerika wie in Deutschland und anderswo sind die Regierungen lediglich die Verwaltung- und Vollstreckungsorgane — ungezogene Menschen sagen die Hohnschreie — der Großkapitalisten.) Jetzt hätten sich in Amerika 21 der größten Brotfabriken zusammengelassen zu einer Aktiengesellschaft, deren Zweck öffentlich mit schönen Redensarten verklärt würde. Seien die Bäckermeister ruiniert, dann würde das Volk die Kosten des Verfahrens in Gestalt hoher Brotpreise zu tragen haben. (Ganz wie bei uns, liebe Lante, wo sich jüngst 17 große Mühlen vereinigten zu demselben „lößlichen“ Trust, auch diese Gründung arbeitet zunächst mit schönen Redensarten, die Krallen kommen später zum Vorschein.)

Weise legt die Lante in Rosenheim die Finger an die Nase und verkündet, daß sich auch im Deutschen Reich die Macht des Großkapitals immer stärker bemerkbar mache, und daß es die Aufgabe jedes Vaterlands- und Mittelstandsfreundes sei, rechtzeitig auch bei uns gegen diese Gefahr mobil zu machen. (Wobei nichts herauskommen würde, verehrte Lante, weil gegen die geschilderte Gefahr nicht Vaterlands- und Mittelstandsfreunde, sondern nur Sozialdemokraten helfen können. Die Vaterlands- und Mittelstandsfreunde wollen die sozialistische Produktionsordnung nicht, sie sind Anhänger der kapitalistischen Produktionsweise, ergo müssen sie auch deren unermessliche Konsequenzen, auch wenn es Auswüchse sind, mit in den Kauf nehmen. Wer die Ursache nicht beseitigen will, wird auch die Wirkung nicht los und darum, verehrte Lante, werden die von Dir und Deinesgleichen irreführend kleinen Mühlenbesitzer Sozialdemokraten und wandeln die kapitalistische Ordnung mit uns Arbeitern in die sozialistische um oder sie werden vom Großkapital erst erdrückt, dann haben sie als Arbeiter mit uns ohnehin die gleichen, dem Kapitalismus feindlichen Interessen! Ein anderes gibt's nicht!)

Aus dem Beruf.

Die „im Verkehr erforderliche Sorgfalt“. Von einem Bierwagen wurde der Schuttmann L. in Hamburg, als er an einer Straßenkreuzung auf Posten stand, angefahren und verletzt. Aus diesem Unfalle hatte der Schuttmann gegen die Eigentümerin des Wagens, die Gilbeder Brauerei, auf Schadenersatz geklagt, und zwar verlangte er zunächst Zahlung von 1928 Mk. unter Vorbehalt weiterer Ansprüche. Die beklagte Brauerei ihrerseits verlangte mit Widerklage Feststellung, daß dem Verletzten keinerlei Ansprüche gegen sie zuständen.

Das Landgericht Hamburg hatte die Schadenersatzabgewiesen und nach der Widerklage erkannt. Es sei festgestellt, daß der Kutscher Br. der Beklagten einer der tüchtigsten Bierfahrer gewesen sei. Während der 15 Jahre, wo er in Diensten der Brauerei gestanden habe, habe der von ihm gefahrene Wagen nur ein einziges Mal eine Kollision im November 1906 gehabt. Damals sei er gegen eine Sperre am Bahnhof gefahren. Dieser eine Vorfall habe jedoch die Brauerei nicht veranlassen müssen, den Kutscher nicht länger zu behalten, zumal auch der Kutscher, was sonst eine Eigentümlichkeit der Bierkutscher sei, nur ein einziges Mal betrunken gesehen worden sei.

Das Oberlandesgericht Hamburg dagegen hatte die Klage als dem Grunde nach gerechtfertigt erklärt und die Widerklage der Brauerei abgewiesen. Es sei erwiesen, daß der Unfall durch ein Versehen des Kutschers entstanden sei. Derselbe Kutscher habe schon einmal während seines Dienstes bei der Brauerei einen Unfall verschuldet gehabt, indem er fahrlässigerweise gegen eine Sperre gefahren und diese zersprengt habe. Der Brauerei sei auch bekannt geworden, daß dieser Kutscher einmal betrunken gewesen sei. Trotzdem habe die Beklagte diesen Kutscher behalten und damit die im Verkehr erforderliche Sorgfalt verlegt. Sie könne sich auch nicht darauf berufen, daß es eine Eigentümlichkeit der Bierkutscher sei, sich manchmal zu betrinken. Eine solche Eigentümlichkeit sei aber unstatthaft. Die Sicherheit des Straßenverkehrs erfordere es, nur durchaus zuverlässige Kutscher anzustellen, zumal durch Bierwagen, die bekanntermaßen groß und schwer seien, unabsehbarer Schäden bei fahrlässigen Zusammenstößen verursacht werden könne. Kutscher, die sich betranken, dürften darum überhaupt nicht angestellt bleiben und aus diesem Grunde sei der Beklagten ein Verstoß gegen die einfachste Verkehrsorgfalt zur Last zu legen.

Auch das Reichsgericht erklärte, daß mit Rücksicht auf den gefährlichen Großstadtverkehr eine solche Forderung durchaus nicht zu weit gehe und wies die Revision zurück. (Urteil des Reichsgerichts vom 12. Oktober 1911.)

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Warum streiten Sie? Während des Streiks der englischen Eisenbahn- und Hafnarbeiter erließ eine verbreitete englische Wochenzeitschrift die Preisfrage: „Warum streiten Sie?“ Für die beste Beantwortung, die auf einer Postkarte erfolgen mußte, war ein Preis von 200 Mk. ausgesetzt. Dieser Preis wurde, wie die Redaktion der Zeitschrift in ihrer letzten Nummer mitteilt, folgender Beantwortung zuerkannt:

„Als Arbeiter befinde ich mich im Besitz einer einzigen marktfähigen Ware, und das ist meine Arbeitskraft. Ich beanspruche das Recht, diese Ware zu einem Marktwert zu verkaufen und — suche, wie es ja mein kapitalistischer Arbeitgeber auch mit seinen Waren hält, den möglichst hohen Preis dafür herauszuschlagen. Ferner trete ich — wiederum in Uebereinstimmung mit den Methoden meines Arbeitgebers — einer Vereinigung bei, die den Preis, zu dem meine Arbeitskraft verkauft werden kann, festsetzt; wir, die Mitglieder dieser Vereinigung, verpflichten uns, unsere Arbeitskraft unter diesem Preis nicht zu verkaufen. Das Recht, diese Methode anzuwenden, bestreitet mir mein Arbeitgeber, während er sie ungeschindert befolgt und anwendet. Wenn ich meine Ware nicht mit dem von ihm festgesetzten Betrag bezahlen will, erhalte ich sie nicht, und wenn er mir den von uns festgesetzten Preis für meine Ware nicht zahlen will, erhält er diese auch nicht. Ach streike!“

Unter den vielen Einfendungen waren einzelne wiedergegeben, von denen hier einige folgen mögen:

„Nicht um Aufrühr oder Plünderung hervorgerufen, die von wirklichen Arbeitern gehabt werden, sondern um entsprechenden Lohn und freie Zeit für die Werte zu erhalten, die von uns geschaffen werden.“

„Ich bin ein Eisenbahner und trat in den Streit, weil die Führer unserer Vereinigung diesen ankündigten. Dann bedachte ich auch, daß dies der einzige für mich offene Weg war (nachdem ich andere erfolglos versucht hatte), um zu erlangen, was ich schon lange erstrebt hatte: 1. genügenden Lohn, der mich in den Stand setzt, anständig und vernünftig zu leben, 2. weniger Arbeitsstunden, um eine gewisse Freizeit zu erhalten, 3. Anerkennung unserer Beamten.“

Um zeigen zu helfen, daß der Kapitalismus ohne Arbeit absolut machtlos ist. Ferner, um die jämmerlichen Bedingungen derer heben zu helfen, die in den untersten

Graden schwerer und beständiger Arbeit leben und sterben. Endlich um für die jetzigen und kommenden Generationen einen Teil der weltlichen Zufriedenheit und Bequemlichkeit zu erringen, den die Arbeiter wohl verdienen, aber selten erhalten, während die Finanzautokraten darin schwelgen.

Die organisierte Arbeiterschaft. Die Konfektionsarbeiter und -arbeiterinnen der sächsischen Oberlausitz haben durch ihre Organisation - den Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands - mit folgenden Firmen einen Tarifvertrag abgeschlossen: Produktivgenossenschaft - Seiffennersdorf, Gustav Hornauf-Seiffennersdorf, Schubert u. Co.-Neugersdorf, G. Wünsche, Joh. M. Thomisch-Neugersdorf, Br. Hohlfeld-Neugersdorf, A. Kwapil-Neugersdorf, Richter u. Becker-Eibau.

In Betracht kommt hauptsächlich Arbeitergarderobe, die namentlich in Mitteldeutschland, Süddeutschland und Schlesien, auch sehr viel durch die Konsumvereine verkauft wird. In diesen Artikeln spielt die Konkurrenz eine sehr große Rolle, unter der die organisierte Konfektionsarbeiterschaft der Oberlausitz mit zu leiden hat.

Wir glauben nun berechtigt zu sein, an die gesamte organisierte Arbeiterschaft den Appell richten zu dürfen, bei Bedarf von Kleidungsstücken darauf achten zu wollen, daß diese von solchen Firmen bezogen werden, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt sind. Es ist allgemein bekannt, daß die Konfektionsarbeiter der Oberlausitz unter den denkbar schlechtesten Lohnverhältnissen gearbeitet haben. Nach zehnjähriger, organisatorischer Arbeit haben wir einen Stamm von nahezu 500 Mitgliedern in der Oberlausitz und für diese ein besseres Los geschaffen. Soll dies nun von dauerndem Wert sein - und daran hat die Allgemeinheit ein gleich hohes Interesse wie wir - so muß auch die Arbeiterschaft alle Bedarfsartikel zurückweisen, die unter unregelmäßigen Verhältnissen hergestellt werden.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Gau Mitteldeutschland.

Christliches und Gelbes.

Eines Christenführers Worte und Taten. Herr Ludwig Kammermeier ist Bezirksleiter des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes und hat seinen Sitz in München. Die neueste Leistung dieses Herrn zeigt uns, wie wenig Glauben manche Christenführer verdienen und wie schlecht nebenbei die Arbeiterinteressen bei ihnen aufgehoben sind. Der vorliegende Fall liegt folgendermaßen:

Der Deutsche Transportarbeiterverband und der christliche Hilfs- und Transportarbeiterverband wurden sich einig, eine Lohnbewegung für den Betrieb Münchener Lagerhaus, Ostbahnhof, gemeinsam zu führen. Zu diesem Zweck fand am 28. August eine Versammlung beider Organisationen statt, in der eine dreizehngliedrige Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfes gewählt wurde. Herr Kammermeier vom christlichen Verband hatte allerdings schon einen Entwurf im Saal, der aber auf Wunsch der Angestellten in verschiedenen Punkten ergänzt werden sollte. In dieser Versammlung sagte Herr Kammermeier, daß er mit der Direktion noch nicht in Verbindung getreten sei. Er gab auch die ehrenwörtliche Erklärung ab, allein nichts zu unternehmen. Am 4. September fand die Sitzung der Kommission statt, in der mit den christlichen Vertretern der neue Tarifentwurf so ausgearbeitet wurde, daß er sich mit den übrigen schon bestehenden Verträgen deckte. Herr Kammermeier hatte noch einmal den Rat, die schon ehrenwörtlich abgegebene Erklärung, selbstständig mit der Direktion nicht zu verhandeln, zu wiederholen. Als einige Kollegen an seiner Ehrlichkeit zweifelten, wurde er sogar erboht und irgte: „Wie oft muß ich denn das wiederholen.“ Es wurde dann beschlossen, den Entwurf am Donnerstag, den 14. September, der Betriebsversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen. Diese Versammlung fand statt, jedoch ohne die Christlichen. Kammermeier hatte den Tarif bereits abgeschlossen, auch für die Leute im Möbeltransportgewerbe, wo er nicht ein einziges Mitglied aufweisen konnte. Seine Getreuen vom Kohlenlager aber befolgten die Weisung und blieben der Versammlung fern. Eine Aussprache zwischen den Vertretern des Deutschen Transportarbeiterverbandes und den Direktoren blieb erfolglos. Die Direktoren erklärten, sie seien mit Herrn Kammermeier gut gefahren und hätten deshalb wieder mit ihm abgeschlossen. Wo die Arbeiter organisiert sind, gehe sie nichts an. Kammermeier habe erklärt, daß er die Konsequenzen übernehme.

Der von Herrn Kammermeier abgeschlossene Tarif ist für die Arbeiter erheblich ungünstiger als die Tarife anderer Betriebe der gleichen Branche, mit welchen der Deutsche Transportarbeiterverband in Tarifverhältnis steht. Nun sehe man sich aber das folgende Schreiben an:

Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter Deutschlands, Verbandsbezirk I und II München, Fürstensefelderstr. 4/3, Mitglied des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften, Telefonruf Nr. 2462.

München, den 31. August 1911.

Berehrl. Firma Lagerhaus-Ostbahnhof, z. S. dessen Herrn Direktors Wagnmüller, Hochwohlgeboren München-O.

Der Unterzeichnete gestattet sich einen in der Anlage enthaltenen Entwurf eines Tarifvertrages gütigst zu unterbreiten. Dieser Vorlage war Gegenstand mehrerer Beratungen und Sitzungen unserer Verbandsmitglieder und wurde von denselben zur Unterbreitung an die Direktion gutgeheißen. Die Arbeiter waren mit mir der Ansicht, daß die verehrliche Direktion dieser Vorlage ohne weiteres ihre Zustimmung geben wird, zumal im Speditionsgewerbe, Holz- und Kohlenlagern schon die in der Vorlage enthaltenen Löhne bezahlt werden. Wir haben es aber auch für zwecklos gehalten, höhere Forderungen zu stellen, da diese nur längere Verhandlungen nach sich ziehen würden. In einer am Montag,

den 28. August, im „Gasthaus zur Krone“ stattgefundenen Versammlung wurde von den Vertretern des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes betont, daß höhere Forderungen gestellt werden müßten, und zwar deshalb, weil die Arbeiter einen Verlust dadurch gehabt hätten, weil im letzten Jahre bei den übrigen Firmen schon höhere Löhne bezahlt wurden. Ich müßte dieses wohl zugeben, habe aber betont, daß bei der Firma Lagerhaus Ostbahnhof in den Jahren von 1908 bis 1910 höhere Löhne wie bei den übrigen Firmen bezahlt wurden und infolgedessen der Ausgleich schon gegeben ist, und mir es als ein Unrecht bezeichnen müßten, von Ihnen höhere Löhne zu verlangen als gegenwärtig bezahlt werden.

Diese Versammlung hat beschlossen, in gemeinsamer Sitzung die Forderungen aufzustellen und den Tarif gemeinsam durch beide Verbände einzureichen. Unsere Stellung ist diesmal etwas komplizierter wie sonst, und es hängt von Ihrer Erklärung ab, ob Sie mit unserem Verbands allein oder gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Verbands verhandeln und einen Tarif abschließen wollen.

Sollte das erstere der Fall sein, so bildet unsere Vorlage Gegenstand der Verhandlungen; im anderen Falle müßten wir unsere Vorlage zurückziehen und auf der Basis gemeinsamer Forderungen verhandeln und dieselbe solidarisch mit dem anderen Verbands vertreten.

In einer geschlossenen Mitgliederversammlung unseres Verbandes, die gestern stattfand, gaben unsere Mitglieder der Ansicht Ausdruck, daß, wenn die Firma mit unserem Verbands allein einen Vertrag abschließen wolle, allen Maßnahmen, die auf eine Schädigung des Betriebes hinausläufen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

Wir bitten Sie, unsere Vorlage einer wohlwollenden Würdigung zu unterziehen und uns geneigte Mitteilung zukommen zu lassen, wann und ob Sie geneigt sind, mit uns zu verhandeln.

Mit aller Hochachtung!

Ludwig Kammermeier, Bezirksleiter, Fürstensefelderstr. 4/3.

Also am 4. und 14. September streitet Kammermeier ehrenwörtlich ab, was er am 31. August schon gemacht hat und am 28. August ehrenwörtlich versprochen hat, nicht zu machen. Dabei hat er sich in dem Schreiben an die Firma noch Unwahrheiten schuldig gemacht, weil es nicht wahr ist, daß höhere Forderungen gestellt werden sollten als die anderen Betriebe bezahlen. Aber so glaubte er am besten seinen Zweck zu erreichen und hoffte wohl auch weiter, wenn auf Grund seines Tarifabschlusses Streik ausbricht, wie vor einigen Jahren wieder Streikbrecher zusammenholen zu können, um seine Organisation damit zu fördern.

Diese Leistung ist ganz von der Art, wie manche Christenführer es bisher auch schon gekonnt hatten. Ob in der Arbeiterbeschädigung oder in der Hinterhältigkeit, dem Wortbruch des Christenführers das Verwerflichere zu suchen ist, wollen wir dahingestellt sein lassen, aber beides zusammen zeigt die „Höhe“, die Christenführer erklimmen können. Und da wundern sich diese Herren, wenn ihnen nichts geglaubt wird und wenn sie von uns als das bezeichnet werden was sie sind.

Der „christliche“ Hilfs- und Transportarbeiterverband ist aber sicher stolz auf diesen seinen „genialen“ Führer. Auch wir haben unsere Freude daran, ist das Vorstehende doch sehr lehrreich für die Arbeiter.

Volkswirtschaftliches, Steuerpolitisches.

Wachsende Getreideausfuhr. Die neueste Statistik des deutschen Außenhandels in Getreide läßt, wie das „Berliner Tageblatt“ bemerkt, erkennen, daß die Ausfuhr von deutschem Roggen nach dem Ausland, die sich bisher im neuen Erntejahr noch einigermaßen erträglich gestaltete, jetzt einen großen Umfang anzunehmen beginnt. Das Verhältnis der Ausfuhr zur Einfuhr stellte sich nämlich in der Zeit vom 1. August bis 30. September bei Roggen folgendermaßen:

Table with 4 columns: Item, 1911, 1910, 1909. Rows: Ausfuhr, Einfuhr, Ausfuhrüberschuß, Einfuhrüberschuß.

Diese Gegenüberstellung zeigt, daß die diesjährige Roggenausfuhr die der Vorjahre beträchtlich übersteigt. Der Ausfuhrüberschuß gegenüber der Einfuhr war allerdings im Vorjahre etwas größer, während in der gleichen Zeit 1909 ein Einfuhrüberschuß bestand. Es ist jetzt höchste Zeit, daß etwas geschieht, um der wachsenden Roggenausfuhr Einhalt zu tun. Aber die Regierungen befinden sich immer noch im Stadium der Erwägungen und wollen nicht sehen, was vorgeht, um den Großagrariern ja nicht zu nahe zu kommen und ihrer Profitmacherei auf Kosten der Konsumenten und der Reichskasse nicht hinderlich zu sein. Bei der nächsten Reichstagswahl wird ihnen dafür hoffentlich aufgespielt werden.

Drohende Fleischnot. Der Verbrauch an Pferdefleisch nimmt in der rheinisch-westfälischen Industriebevölkerung berart zu, daß zur Befriedigung des Bedürfnisses Frachtermäßigung für Schlachtpferde verlangt wird. Im Düsseldorf-Schlachthof wurden zur Schlachtung aufgetrieben im Jahre 1908: 1738, im Jahre 1909: 1861 und im Jahre 1910: 2022 Pferde. Die Düsseldorf Handelskammer veröffentlicht in ihrer Monatschrift ein Gutachten über Frachtermäßigung für Schlachtpferde, worin es heißt:

„Der Verbrauch des Pferdefleisches in den unteren Bevölkerungsklassen nimmt von Jahr zu Jahr zu. Bei den ständig seit Jahren bestehenden hohen Viehpreisen ist dies auch erklärlich, und der Pferdefleischverbrauch wird sich aller Voraussicht nach noch steigern, weil durch die lang andauernde Maul- und Klauenseuche sowie

durch den bössartigen Charakter des Seuchenganges der größere Teil des Jungviehs, der zur Aufzucht bestimmt war, abgeschlachtet werden mußte. Wir gehen daher für die Fleischversorgung teuren Zeiten entgegen. Der Mangel an Schlachtvieh wird in den nächsten Tagen besonders stark hervortreten, wenn die alten Bestände aufgebraucht sind und kein Nachwuchs vorhanden ist. Es ist richtig, daß die hiesigen Pferdewerker in der näheren Umgebung keine oder keine genügende Menge Schlachtpferde mehr erhalten können. Ueberhaupt ist das ganze Industriegebiet auf die Einfuhr von Schlachtpferden angewiesen, die oft weit her aus Ostpreußen, Posen und Süddeutschland geholt werden müssen. Bei solch großen Entfernungen entstehen große Verbandsgebühren, und eine wesentliche Herabsetzung des Frachttarifs für Schlachtpferde würde unseres Erachtens auch das Pferdefleisch wesentlich verbilligen, was der Arbeiterbevölkerung zugute käme.“

Die rheinisch-westfälischen Arbeiter essen das Pferdefleisch natürlich nicht aus Liebhaberei, sondern aus Not, weil für das bessere Fleisch der Ochsen, Schweine usw. ihr Einkommen nicht reicht. Und daran sind nicht nur die Agrarier und Ultramontanen schuld, sondern auch die Nationalliberalen, die bei der Lebensmittelverteuerungspolitik der Junker nach Kräften mitgeholfen haben. Die Tatsache, daß die Arbeiterbevölkerung sich mehr und mehr des Fleischgenusses entwohnen oder zu minderwertigen Fleischsorten übergehen muß, wird die nationalliberale Unternehmensexpresse nicht abhalten, bei nächster Gelegenheit wieder Loblieder anzuklimmen auf unser gesegnetes Zeitalter, in dem sich die Lage der Arbeiter so andauernd und mächtig hebt.

Soziales, Arbeiterversicherung.

Wichtig für Selbst- und Weiterversicherte der Invalidenversicherung. Die Änderungen des Invalidenversicherungsgesetzes, die durch die Reichsversicherungsordnung beschlossen sind und am 1. Januar 1912 in Kraft treten sollen, bedingen eine Änderung der Beitragssätze. Die Beiträge betragen ab 1. Januar 1912:

Table with 2 columns: in Klasse, Beitragssatz. Rows: 1, 2, 3, 4, 5.

Durch diese Änderung macht sich die Einführung neuer Marken und wahrscheinlich auch neuer Quittungskarten notwendig.

Nur für die vor dem 1. Januar 1912 liegende Zeit dürfen alte Marken verwendet werden.

Nach § 146 des Invalidenversicherungsgesetzes dürfen Selbst- resp. Weiterversicherte Marken für eine länger als ein Jahr zurückliegende Zeit nicht verwenden. Selbstversicherte müssen in zwei Jahren mindestens 40, Weiterversicherte dagegen im gleichen Zeitraum mindestens 20 Marken geklebt haben. Alle Selbst- und Weiterversicherten handeln daher in ihrem eigenen Interesse, wenn sie vor dem 1. Januar 1912 prüfen, ob bereits die erforderliche Anzahl von Marken geklebt worden ist, und wenn das nicht der Fall ist, dann noch vor dem 1. Januar 1912 die erforderliche Anzahl Marken kleben, um durch die spätere Verwendung der Marken nicht Nachteile zu erleiden und schließlich um ihre Rechte zu kommen.

Literarisches.

Im Verlag von J. G. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist joesen erschienen: Aus meinem Leben. Von August Debel. Zweiter Teil. VIII und 420 S. Preis broschiert ord. 2,50 Mk., gebunden 3 Mk.

Der Autor entrollt vor dem Leser die innere Geschichte der Partei während der Jahre 1869 bis 1878, wie sie intimer nicht gedacht werden kann, unterstützt von einer fejjelnden Darstellungswelt und Eindringlichkeit, die nur dem zu eigen sein kann, der nicht nur alles selbst erlebt, sondern in den Ereignissen eine ausschlaggebende Rolle innegehabt hat.

Zu gleicher Zeit erscheint: Aus meinem Leben. Von August Debel. Erster Teil. Zweite, durchgesehene Auflage. VIII und 236 S. Preis broschiert ord. 1,50 Mk., gebunden 2 Mk.

Erklärung.

In Nr. 41 der „Verbandszeitung“ ist eine Erklärung des Kollegen Niepl-Magdeburg enthalten, woraus ich entnehme, daß der Bundesvorsitzende Schulz-Magdeburg in Stendal gesagt haben soll: ich sei keineswegs gegangen. Gegen diese selbstüberhebende Aeußerung auch nur ein Wort zu sagen, dazu ist die Person des Bundesvorsitzenden und Malzmeisters Schulz zu - unwichtig. Mag Unger.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Schildstr. 6 IV, Berlin O. 27. Fernsprecher: Amt 7. 275.

Diese Woche ist der 42. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Wie man korrespondieren soll.

Alle diejenigen Kollegen, welche mit dem Verbandsvorstand korrespondieren, werden dringend gebeten, im Interesse einer übersichtlichen Registratur im Hauptbureau die Briefe nur einseitig zu beschreiben und auf ein Blatt Papier immer nur über eine Sache zu berichten. Wir erwarten, daß diese elementare Regel doch endlich beachtet wird. Ganz besonders wird dies von den Verbandsangestellten erwartet.

Fragebogen über Lebensmittelpreise.

Der Verbandsvorstand versandte gegen Ende Juni 1911 an alle Zahlstellen Fragebogen, durch welche die wichtigsten Lebensmittelpreise erneut festgestellt werden sollen. Von einer Anzahl Zahlstellen stehen die Fragebogen noch aus. Da mit der Sichtung des Materials nicht eher begonnen werden kann, bis alle Fragebogen eingegangen

sind, ersuchen wir hierdurch diejenigen Zahlstellen, welche die Fragebogen noch nicht ausgefüllt und eingesandt haben, dieses baldmöglichst bemerkstelligen zu wollen.

Protokoll der Konferenz der Bierfahrer verbunden mit der Abhandlung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bierfahrer.

Das Protokoll der Konferenz der Bierfahrer vom 20. und 21. Juni 1911 im Gewerkschaftshaus Berlin, verbunden mit der Abhandlung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bierfahrer nach Erhebungen vom Dezember 1910, kommt in den nächsten Tagen zum Versand. Sehr wertvoll in dem Protokoll, nicht nur für Rutscher, sind die stenographisch aufgenommenen Referate des Rechtsanwalts Heine-Berlin über die Rechtsverhältnisse der Bierfahrer zur Brauerei und des Rechtsanwalts Saenger-München über die Rechtsverhältnisse der Rutscher auf der Straße. Preis pro Exemplar des Protokolls 15 Pf. Wir ersuchen die Zahlstellen, die Bestellungen noch nicht gemacht haben, dies sofort nachzuholen, damit die erforderliche Höhe der Auflage festgestellt werden kann.

Ausgeschlossen

aus dem Verband wurde auf Antrag der Zahlstelle Frankfurt a. M. der Brauer Konrad Büttner, Buch-Nr. 21089.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Ernst Petrie, Hofarbeiter, Buch-Nr. 747, geb. 7. Januar 1865 zu Berlin, eingetr. 9. Mai 1909 in Berlin.

Johann Wöhle, Buch-Nr. 26001, geb. 12. Januar 1872 zu Eberlein, eingetr. 8. September 1910 in Augsburg. Vorstehende haben Duplikate erhalten; nur diese sind gültig.

Verstorbene Mitglieder.

(Die Summe des an die Hinterbliebenen laut Statut ausbezahlten Sterbegeldes ist in Klammern beigefügt.) München: Johann Blantauer, Hilfsarbeiter, 40 Jahre (14,66 Mk.); Heide: Emil Witt, Bierfahrer, 39 Jahre (45 Mk.); Worms: Peter Niedlinger, Mühlenarbeiter, 33 Jahre (27 Mk.); Erfurt: Paul Gans, Hilfsarbeiter, 25 Jahre (45 Mk.); Breslau: Friedrich Anders, Stallmann, 43 Jahre (45 Mk.); Magdeburg: August Voigt, Hilfsarbeiter, 43 Jahre (45 Mk.).

Ausbezahltes Sterbegeld an die Mitglieder beim Tode der Ehefrau: Haaser-Worms 20 Mk.; Möbius-Leipzig 20 Mk.

Eingänge der Hauptkasse

vom 9. bis 15. Oktober.

Dortmund 2,10; Frankfurt a. M. 2,10; Berlin 2,10; Köln 2,10; Bamberg 2,10; Schandau 2,10; Heide i. Holstein 3,35; Zürich 1,65; Striegau 6,60; Heilbronn 719,41; Neustadt a. d. Orla 186,79; Weimar 375,54; Neuklingen 123,25; Doberan 98,82; Rosenheim 390,14; Braunschweig 846,66; Lübeck 1263,82; Maderberg 284,14; Breslau 4239,24; Braunschweig 28,-; Breslau 2,10; Hanau 2,10; Plauen i. Vogtl. 528,-; Kottbus 185,25; Eilenburg 160,04; Wilsnack 51,58; Oldenburg 259,68; Seebitz i. Th. 126,86; Saalfeld 303,91; Minden i. Westf. 170,59; Brandenburg 141,93; Köln 700,-; Heterfen i. Holst. 126,97; Unna i. Westf. 2,10; Mülln 24,83; Meiningen 75,07; Traunstein 500,09; Danzig 39,50; Rostock 281,27; Rattowitz 68,55; Neumünster 93,14; Nordhausen 271,16; Mainz 337,75; Reichenhall 212,-; Erlangen 161,99; Aurich i. Ostfriesl. 173,02; Hof 726,49; Worms 374,47; Oldenburg 24,-; Landshut 993,78; Kaufbeuren 146,51; Aischersleben 126,65; Rehdenid 9,58; Greifswald 155,44; Freienwalde 3,30; Göttingen 2,10; Passau 2,40; Eberfeld 6,50; Ems 10,31; Gumburg 5334,18; Halle 1787,11; Eggersheim 165,73; Kahla 107,96; Geislingen 118,97; Altenburg 885,95; Coburg 356,55; Dessau 618,16; Rudolfsstadt 103,09; Rassel 375,0; Breslau 2,10; Altenburg 1,60; Kulmbach 300,-; Gadmersleben 124,30; Gotha 324,21; Magdeburg 2,10; Meiningen 2,40; Paris 6,41; Aischaffenburg 25,-; Halle 66,15; Berlin 2,10; Breslau 3,-.

Die Abrechnung für das 3. Quartal haben eingesandt:

Neustadt a. d. Orla, Salzweil, Straßburg i. Elz., Weimar, Kottbus, Maderberg, Mülhausen i. Th., Braunschweig, Hildesheim, Oldenburg, Eberfeld, Heilbronn, Wilsnack, Lübeck, Neuklingen, Seebitz i. Th., Saalfeld, Egeln, Eilenburg, Freienwalde, Meiningen, Gumburg, Mülln, Traunstein, Rötzen, Plauen, Rattowitz, Rosenheim, Rostock, Erlangen, Reichenhall, Aurich i. Ostfriesl., Saarbrücken, Mainz, Nordhausen, Aischersleben, Kaufbeuren, Heterfen, Rehdenid, Minden, Greifswald, Karlsruhe, Landshut, Eggersheim, Geislingen, Kahla, Rudolfsstadt, Schneidemühl, Elmshorn, Doberan, Coburg, Gadmersleben, Neumünster, Altenburg, Halle und Dresden.

Materialversand.

München 500 Mitgliedsbücher. Nürnberg 200 Mitgliedsbücher, 48 000 Marken a 50 Pf. und 4500 Marken a 30 Pf. Frankfurt a. M. 18 000 Marken a 50 Pf. Hof 2400 Marken a 50 Pf. Hamm 1200 Marken a 50 Pf. Eberfeld 4000 Marken a 50 Pf. und 400 Marken a 30 Pf. Seidelberg 20 Mitgliedsbücher. Potsdam 20 Mitgliedsbücher und 1600 Marken a 50 Pf. Heilbronn 4000 Marken a 50 Pf. Hofen 20 Mitgliedsbücher, 800 Marken a 50 Pf. und 1200 Marken a 30 Pf. Frankenthal 15 Mitgliedsbücher. Rathenow 20 Mitgliedsbücher. Egeln 15 Mitgliedsbücher und 600 Marken a 50 Pf. Saalfeld 20 Mitgliedsbücher. Salfen 20 Mitgliedsbücher und 600 Marken a 50 Pf. Würzburg 50 Mitgliedsbücher. Greifswald 600 Marken a 50 Pf. Aurich 1200 Marken a 50 Pf. Traunstein 1600 Marken a 50 Pf. Salzweil 1200 Marken a 50 Pf. Ahrensburg 600 Marken a 50 Pf. Geislingen 800 Marken a 50 Pf. Effen 4000 Marken a 50 Pf. Eberfeld 600 Marken a 50 Pf. Gumburg 200 Mitgliedsbücher. Landshut 100 Mitgliedsbücher und 2000 Marken a 50 Pf. Aischersleben 600 Marken a 50 Pf. Altenburg 6000 Marken a 50 Pf. und 1000 Marken a 30 Pf. Burg 600 Marken a 50 Pf. Dresden 2 000 Marken a 50 Pf. und 2000 Marken a 30 Pf. Karlsruhe 10 000 Marken a 50 Pf. und 2000 Marken a 30 Pf.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Haderbach. Vorsitzender Gg. Kurz, Koblengerstr. 25. Garmisch. Vorsitzender H. Lichte, bei Frau Dellwogen, Schloßstraße.

Freudenstadt. Vorsitzender E. Großmann, Restaurant Frey. Gadmersleben. Kassierer Herm. Mach, Stadt Gadmersleben.

Langenburg. Vorsitzender Charles Jander, Wiltheimerstraße 12.

Nürnberg. Bei dem nächsten Einlassieren der Verbandsbeiträge wird für das verstorbene Mitglied Böhlinger ein Sterbebeitrag erhoben.

Rosenheim. Kassierer: M. Hölldobler, Münchener Straße 72, Miedgebäude. Unterstützungsanzahlung von 11 bis 1 Uhr und von 6 bis 7 Uhr.

Saalfeld. Angelegenheiten der Zahlstelle sind bis auf weiteres an Reinh. Arnold, Lachenstr. 4, Saalfeld, zu richten.

Regen. Angelegenheiten der Zahlstelle sind wieder an den Vorsitzenden W. Schönbeck, Lüneburgerstr. 51, zu richten.

Veranstaltungen.

Sonntag, den 21. Oktober.

Ansbad: 8 Uhr, Gasthaus „Drei Könige“. Burg: 8 1/2 Uhr, Unterhagen 68. Eisenach: 8 1/2 Uhr, Gasthof „Zum goldenen Engel“. Fürstentum: 8 1/2 Uhr, bei Nidel, Windmühlenstr. 7. Kitzsch: 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus Eborstraße“. Gadmersleben: 8 1/2 Uhr, „Zur guten Quelle“. Weipen: 8 1/2 Uhr, im „Kronprinzen“.

Nachruf. Am 6. Oktober starb unser Verbandskollege August Dangelmaier im Alter von 63 Jahren. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Kollegen der Zahlstelle Göttingen. Unserem Kollegen Kellermeister Franz Alexander und seiner lieben Frau Elise Weß zur Vermählung am 19. Oktober die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Brauerei Brauerei bei Breslau. Unserem Kollegen Reinhold Zamsch und seiner Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Vereinbrauerei Teutonia, Berlin. Unserem Kollegen Hermann Reßner und seiner lieben Frau Frida zur Hochzeitsfeier am 19. Oktober die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Vereinsbrauerei Teutonia, Berlin. Unserem Kollegen Johann Schöber und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Die organisierten Kollegen d. Gärnerbrauerei, Ansbad. Unserem Kollegen Robert Schäfer und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Unserem Kollegen Robert Schäfer und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Unserem Kollegen Joseph Sterl und seiner Frau Kathi nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Unserem Kollegen Paul Buchele und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Unserem Kollegen Ludwig Tausendteufel und Matthias Döbler und seiner Frau zur Vermählung am 22. bzw. 29. Oktober die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Zahlstelle Augsburg. Unserem Vertrauensmann Arthur Reimann und seiner lieben Frau Elisabeth zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Unserem Kollegen Josef Kahlinger und seiner Frau Klara, geb. Weisbader zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die organisierten Flaschenkellerarbeiter der Passauer Brauerei, Abt. 2. Moabit. Unserem Verbandskollegen Forcus Kummerer und Frau Elise, geb. Hofmann zur Hochzeitsfeier nachträglich die besten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der Brauerei Penzinger-Frankfurt a. M. Unserem Kollegen, Rutscher Joh. Koslowitz und seiner lieben Frau Anna Kirstein zur Vermählung am 21. Oktober die herzlichsten Glückwünsche.

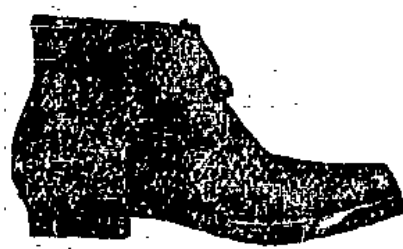
Sonntag, den 22. Oktober. Altenburg: 3 Uhr, „Lindenhof“ in Rauerndorf. Bamberg: Vorm. 10 Uhr, „Gewerkschaftshaus“. Eberfeld, Varmen, Reimscheid: 4 Uhr, „Gewerkschaftshaus“ in Varmen.

Emmendingen-Niegel: 3 Uhr, Restaurant „Drei Könige“, Emmendingen. Freudenstadt: 1 Uhr, Restaurant Frey. Gera: 3 Uhr, bei Michel, Greizergasse. Hagen: 3 Uhr, Restaurant Gillebrecht in Gasp. Referent Ludwig-Hagen.

Herford: Vorm. 10 Uhr, „Gewerkschaftshaus“. Hirschberg-Warmbrunn: 4 Uhr, „Deutsches Haus“ in Warmbrunn, Hermsdorferstr. 2. Referent Klippel-Breslau.

Ismenau: 2 Uhr, „Deutsches Haus“. Schwenningen: 2 Uhr, Gasthof „Zum grünen Baum“. Sundern: 3 1/2 Uhr, bei Meßer. Tübingen-Balingen: 1 Uhr, „Vereinslokal“. Unorganisierte mitbringen.

Wittenberg: 4 Uhr, Restaurant „Einigkeit“, Töpferstr. 1. Sonntag, den 28. Oktober: Magdeburg. Quartalsversammlung bei Sandgraf, Braune Girschstr. 8: Abrechnung.



Brauer-Holzschuhe

Nur allerbeste, seit Jahren bewährte Qualitäten. Verlangen Sie meine neueste Preisliste.

Joh. Harders,

Altona a. Elbe, Adolphstr. 28. Holzschuhlager u. Pantoffelfabrik.

Brauereiarbeiter

Suche an jed. Ort, welche Vertretung erstklassiger Artikel bei hoh. Verd. übern. Auskunst kostenl. sof. Herm. Wolf, Zwickau, Sachf., Nordstr. 30.



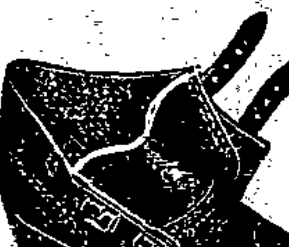
Die besten wasserdichten Holzschuhe

wie Abbildung. à Paar 4 Mark. 2 Paar portofrei. Alle Modelle. Preisliste gratis. Zwei Modelle patentl. geschützt. Vertreter gesucht.

Joseph Urban, Cham, bayr. Wald. Verbandsmitglied. Lieferant von Zahlstellen.

Ein heller Kopf

beachtet vor Einkauf mein günstiges Angebot. Durch eigene Fabrikation ist es mir möglich, für billigen Preis eine erstklassige Waare zu liefern. Mein Kundenkreis vergrößert sich ständig und beweisen mir die vielen Nachbestellungen sowie Anerkennungsschreiben, daß ich meine Abnehmer zur Zufriedenheit bediene. Machen Sie einen Versuch, denn Sie kaufen



Wasserdichte Holzschuhe

am besten und billigsten direkt von der Fabrik.

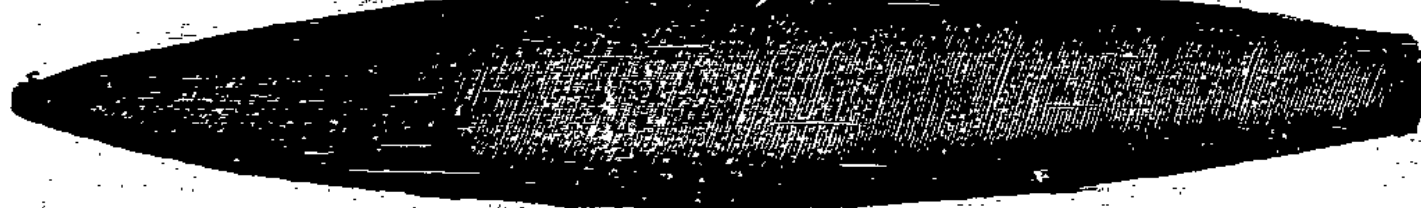
Neue Modelle, geschlossene Laufschuhe Nr. 3, 60 mit Leder besetzt, Eichen u. Nadel, 4,50 bei 2 Paar 1/2, bei 3 Paar franco Inland.

Georg Herr, Holzschuhfabrik, Frankfurt a. M., Gelnhäusergasse 5.

Gegründet 1851. Preisliste gratis.

Notizkalender für 1912

Mehrere Zahlstellen haben Bestellungen noch nicht gemacht. Wir ersuchen, bisher unterbliebene Bestellungen schleunigst nachzuholen, damit im Versand keine Unterbrechung eintreten braucht. Jedes Mitglied sollte im Besitz eines Notizkalenders sein. Bestellungen der Zahlstellenverwaltungen und der Einzelmitglieder der Hauptverwaltung sind zu richten an die Hauptverwaltung des Verbandes, Berlin D. 27, Schindlerstr. 6. Preis des Kalenders 55 Pf.



100 Stück gute 6 Pf.-Zigarren für 3.- Mk. bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konkursmassen, Lombard-Geschäften usw. anlaufe. Ferner Besere ich: 100 St. feine 7 Pf.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 St. feine 8 Pf.-Zigarren für 4 Mk., 100 St. hochl. 10 Pf.-Zigarren für 5 Mk., 100 St. hochl. 12 Pf.-Zigarren für 6 Mk. Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft. — 500 Stück sende franco. — Nichtkonvertierendes nehme unfrankiert zurück. — Versand nicht unter 100 Stück. Th. Peiser, Versandhaus, Berlin C. Neue Schönhauserstr. 16, kein Laden, nur 1 Treppe. Gegründet 1886.